Posener Tageblatt



Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zł, in den Ausgabestellen 5,25 zł, Postbezug (Polen u. Danzig) 5,40 zł, Ausland 3 Rm. einschl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zł, mit illustr. Beilage 0,40 zł. **Anzeigen:** im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr. im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr. Sonderplatz 50% mehr. Ausland 100% Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Kosmos Sp. z o. o., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6823, 6275, 6105. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblatts", Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. Fernsprecher 6105, 6275. — Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184.

Illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild" • „Die Welt der Frau" • Tägliche Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde"

69. Jahrgang | Freitag, den 14. März 1930 | Nr. 61




Vor der Unterzeichnung des Liquidations-Abkommens.

Nachdem der Reichstag den Young-Plan und das Liquidationsabkommen mit Polen mit geringer Mehrheit angenommen hat, dürfte auch bald die Unterzeichnung des Handelsvertrages in Warschau stattfinden. — Unser Bild zeigt links: den polnischen Außenminister Zaleski und rechts den deutschen Gesandten in Warschau, Dr. Rauscher, die den Vertrag unterzeichnen werden.

Staatssekretär Dr. Meißner.

Zu seinem 50. Geburtstage und seinem Amtsjubiläum.

Am 13. März vollendet Staatssekretär Dr. Otto Meißner sein 50. Lebensjahr und in den nächsten Wochen ein Jahrzehnt als Leiter des Büros des Reichspräsidenten. Beide Anlässe lenken die Aufmerksamkeit auf diesen Mann, der durch sein erfolgreiches Wirken an besonders wichtiger Stelle ebenso wie durch seine menschlichen Eigenschaften Anerkennung verdient.

Sohn eines Postdirektors im Unterelsaß, kam er in seiner Heimat von der Justizverwaltung zur Generaldirektion der Eisenbahn und machte den Weltkrieg als Offizier zunächst auch im Dienste der Feldeisenbahnen mit. Neben der militärischen Tüchtigkeit des Hauptmanns Meißner fiel sein großes Sprachtalent auf, das ihn auch das Russische schnell erlernen ließ. So kam er nach Kiew in die unmittelbare Umgebung des Generalobersten von Eichhorn in dessen Heeresgruppe.

Meißners politische Tätigkeit begann bald danach durch seine Ernennung zum Mitgliede der vom Auswärtigen Amt ausgesandten Ukraine-Abordnung. Im März 1919 wurde Dr. Meißner als Geheimrat in das soeben geschaffene Büro des Reichspräsidenten Ebert berufen, im April 1920 wurde er als Ministerialdirektor Leiter dieses Büros und im November 1923 zum Staatssekretär befördert. Als Generalfeldmarschall von Hindenburg durch die Wahl des Volkes dem ersten Reichspräsidenten folgte, zeichnete auch er den Staatssekretär durch sein uneingeschränktes Vertrauen aus, und dieser ist der erste Berater und auf allen offiziellen Reisen der ständige Begleiter des Reichspräsidenten.

Die Bedeutung dieses Postens ist so häufig sinnfällig in die Erscheinung getreten, daß man sie als allgemein bekannt voraussetzen darf. Besonders in innerpolitisch hoch bewegten Zeiten fällt dem Staatssekretär ein reiches Maß an Arbeit und Verantwortung zu. Meißners staatspolitische Bildung, seine große Arbeitskraft und seine Gewandtheit im Verkehr mit der Regierung, den den Parteiführern und den fremden Diplomaten stempeln ihn, auch über die Funktionen seines Amtes hinaus, zu einer der führenden politischen Persönlichkeiten Deutschlands. Ein gut Teil seiner Erfolge rührt daher, daß er ohne alle parteiliche Bindung ist und daß er mit Objektivität und bemerkenswertem Freimut sein Urteil abzugeben pflegt. Die Sicherheit seines Auftretens ist zum großen Teil durch seine Kenntnisse begründet, die ihn auch zu beachtlichen politischen Schriften und zur Lehrtätigkeit an der Verwaltungsakademie an der Deutschen Hochschule für Politik befähigten. Sein Heim im rechten Flügel des Reichspräsidentenpalais ist eine gastliche Stätte vornehm-schlichter Geselligkeit, anziehend durch den allzeit heiteren Sinn des Süddeutschen und die Liebenswürdigkeit seiner anmutigen, auch musikalisch begabten Gattin.

Noch steht Dr. Meißner erst in der Mitte seiner Laufbahn, und allgemein sagt man ihm den Aufstieg zu noch höheren Stellen voraus. Weite Kreise begrüßen ihn am heutigen Tage mit aufrichtigen Wünschen für seinen ferneren Lebensweg.

Kommunistischer Geheimbund.

Dresden, 13. März. (R.) **Die Polizei verhaftete gestern in einer Schankwirtschaft 33 Mitglieder eines kommunistischen Geheimbundes, die die Pläne für den heutigen Hungermarsch vorbereitet hatten.**

Die Younggesetze angenommen

Auch das polnische Abkommen angenommen.

Um 4 Uhr 20 Minuten nachmittags begannen gestern im Reichstag die Schlußabstimmungen über die Young-Gesetze. Artikel 1 des Gesetzentwurfes über die Haager Konferenz wurde in namentlicher Abstimmung mit 266 gegen 193 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen. Dafür haben gestimmt die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten. Die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei haben sich teils der Stimme enthalten, teils gegen die Vorlage gestimmt.

Nach Annahme der übrigen Artikel wurde das Gesetz über die Haager Konferenz, das den Young-Plan mit den Nebenabkommen umfaßt, in namentlicher Schlußabstimmung mit 270 gegen 192 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Angenommen wurde ferner die vom Abgeordneten Dr. Brüning verlesene Entschließung der Regierungsparteien über die Außenpolitik. Für diese Entschließung stimmte außer den Regierungsparteien auch die Christlichnationale Arbeitsgemeinschaft. Alle übrigen Entschließungen wurden abgelehnt.

Die Novelle zum Reichsbahngesetz wurde in ihren einzelnen Teilen mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen. In der namentlichen Schlußabstimmung wurde sie von den Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Christlichsozialen, Kommunisten und einem Teil der Bayerischen Volkspartei abgelehnt. Die Annahme erfolgte mit 299 gegen 156 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen.

Das Reichsbankgesetz wurde in der Schlußabstimmung mit 307 gegen 150 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Mit besonderer Spannung wurde der Abstimmung über das Liquidationsabkommen mit Polen entgegengesehen. Das Abkommen wurde in der Schlußabstimmung mit 236 gegen 217 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen.

Das Rahmengesetz zu sämtlichen Liquidationsabkommen wurde dann in der Schlußabstimmung mit 256 gegen 194 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen. Damit ist also die Entscheidung über alle Teile der Young-Gesetzgebung gefallen.

Mit großer Mehrheit wurden die Entschließungen zugunsten der Liquidations- und Gewaltgeschädigten und zugunsten größeren Schutzes der deutschen Minderheiten in Polen angenommen.

Hierauf kam der Antrag der Oppositionsparteien auf Aussetzung der Verkündung der Young-Gesetze zur namentlichen Abstimmung. Für den Antrag der Oppositionsparteien wurden 173, dagegen 289 Stimmen abgegeben. Das für die Aussetzung erforderliche Drittel war also erreicht. Der Reichstag erklärte hierauf mit 283 gegen 174 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen die gesamten Young-Gesetze und Abkommen als dringlich. Dadurch ist die Aussetzung der Verkündung der Gesetze beseitigt.

Pressestimmen.

Berlin, 13. März. (R.) Mit der Verabschiedung der Young-Gesetze durch den Reichstag hat das Wort von dem „Primat" der Außenpolitik seine Bedeutung verloren. Die Innenpolitik, die hinter der Außenpolitik zurückstehen mußte, tritt jetzt wieder in ihre Rechte. Das ist, auf eine kurze Formel gebracht, die Tendenz des heutigen Leitartikels der hinter der Regierung stehenden Berliner Blätter.

Die **„D. A. Z."** schreibt: es sind ganz große Aufgaben, die uns bevorstehen: Finanzreform, Reichsreform, Parteierneuerung und politisch richtige Erneuerung. Auf dieser Grundlage allein ist dann auch eine neue Außenpolitik möglich, die das deutsche Volk in die Freiheit führt.

Die **„Germania"** bezeichnet es als wichtig, jetzt den Blick auf die Zukunft und vor allem auf die nächste Zukunft zu richten. Das Zentrumsblatt fordert weiterhin die stärkste Garantie für die sofortige Durchführung der Finanzreform. Auch das **„Berliner Tageblatt"** fordert, mit Mut in die Zukunft zu blicken. Die **„Vossische Zeitung"** erklärt, eine feste Grundlage des Vertrauens ist gewonnen, die der Wirtschaft Deutschlands und der ganzen Welt neues Vertrauen eingibt. Der **„Vorwärts"** sagt: Die demokratische Republik hat einen gewaltigen Schritt vorwärts zum wirklichen Frieden getan. Das nächste Ziel ist, heraus aus der Unsicherheit der Depression, Arbeit für die Arbeitslosen. Im Gegensatz zu den Regierungsblättern sieht die Presse der Opposition trübe in die Zukunft. Wenn auch die **„Deutsche Tageszeitung"** von einem schwarzen Tag spricht, so stellt sie doch fest, daß die weitaus größte Verantwortung für die Haager Pläne die äußersten Gegner treffe. Dr. Hugenberg sagt im **„Lokal-Anzeiger"**: Die Weltgeschichte wird den 12. März 1930 als einen der schmachvollsten Tage im Leben des deutschen Volkes verzeichnen.

Wie der **„Vorwärts"** mitteilt, rechnet man in Regierungskreisen damit, daß das gestern im Reichstag beschlossene Vertragswerk, das heute dem Reichsrat unterbreitet wird, noch **am selben Abend dem Reichspräsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt wird.**

Aus dem amtlichen Communiqué über die Abstimmung im Reichstag ergibt sich, daß dafür 265, dagegen 182 Abgeordnete gestimmt und 3 Abgeordnete sich der Stimme enthalten haben.

Die Pariser Presse zur Abstimmung im Reichstag.

Paris, 13. März. (R.) Die Morgenpresse verzeichnet zwar die Tatsache der endgültigen Ratifizierung des Young-Plans durch den Reichstag, aber kaum ein Blatt würdigt die Bedeutung dieses Beschlusses. Nur das Organ Daladiers, **„La Republique"**, schreibt: eine entscheidende Etappe ist auf dem Wege, der von der Unterzeichnung der Abkommen vom Haag zu deren Inkraftsetzung führt, zurückgelegt worden. Die deutsche Regierung hat mit Beharrlichkeit das Werk verteidigt, das Stresemann nicht vollenden konnte, das aber den normalen Abschluß der vom gesunden Menschenverstand diktierten Politik darstellt, die man als Erfüllungspolitik zu bezeichnen pflegt. Durch die Aussprache im Reichstag ist uns zur Kenntnis gebracht worden, daß alle deutschen Parteien sich darin einig sind, die Abkommen vom Haag als provisorisch zu betrachten, und daß früher oder später — früher wäre besser — deren Revision ins Auge gefaßt werden müsse. Das radikale Blatt schließt sich im großen und ganzen dem deutschen Standpunkt in der Sanktionsfrage an und nützt die von deutscher Seite angeführten Argumente polemisch gegen Tardieu aus.

„Homme libre" meint, man sei sich im Reichstag darüber klar gewesen, daß, falls die Youngplangesetze nur mit einer Mehrheit von 5 oder 6 Stimmen angenommen worden wären, dies im Ausland eine unheilvolle Wirkung ausgeübt und die Gefahr heraufbeschworen hätte, gewisse materielle Vorteile des Young-Plans illusorisch zu machen. Aber durch die Abstimmung seien die innerpolitischen Schwierigkeiten in Deutschland immer noch nicht behoben.

Amerika.

Neuyork, 13. März. (R.) Die Annahme der Young-Gesetze durch den Reichstag wird in amerikanischen Finanzkreisen mit großer Befriedigung aufgenommen. Ebenso wird die Wahl Dr. Luthers zum Reichsbankpräsidenten überall begrüßt. Die Presse behauptet, daß man von Luther ein System der Stetigkeit erwarten könne.

Die Krise auf der Londoner Flottenkonferenz.

London, 13. März. (R.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald" schreibt: Die Marinekonferenz befindet sich in der ernstesten Krise. Zweifellos sind die Besprechungen gestern abend auf dem toten Punkt angelangt. Heute sollen die letzten Bemühungen unternommen werden, um die Kluft zu überbrücken oder das Problem von einer neuen Seite anzufassen. Der letzte Hoffnungsstrahl liegt in dem Umstand, daß Briand den Empfang der internationalen Presse auf heute verschoben hat. Gestern abend, so sagt ein anderer Korrespondent, sei zwar ein toter Punkt erreicht worden, aber der hier herrschende Pessimismus werde von der britischen Delegation nicht geteilt.

Der Großadmiral.

Von * . *

Wo sind wir ihm zum erstenmal begegnet? Im Lesebuch. Da stand er im Bilde mächtig da mit seinem Backenbart, den breiten Schultern und dem gutmütigen Seemannslächeln. Später hörten wir von ihm, daß er der Begründer der deutschen Flotte sei. Wieder Bilder. Kommandobrücke. Der Kaiser mit weißen Hosen. Tirpitz streng dienstlich. Und wo wir irgendwo den Gedanken faßten, Deutschland will teilhaben an der Herrschaft über die Meere, da stellte sich vor dem Bewußtsein der Seemannsrecke Tirpitz vor. „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser." In Hunderttausenden von Postkarten wurde das Wort, faksimiliert von der Handschrift des Kaisers, im Volk verbreitet. Immer war Tirpitz dabei und daneben. Die nachgeborenen Kritiker der Geschichte mögen mit mehr oder weniger Recht behaupten, daß die Marinepolitik Deutschlands im Zeitalter des Flottenvereins falsch gewesen sei. Sein weltpolitischer Gedanke war konsequent. Dadurch pflegte er so viele Jahre über Ministerien und Reichstage Sieger zu bleiben, weil er immer wußte, was er wollte und sein Programm keinen Schwankungen unterlag. Die Zivilisten, zu denen er als der sehr Sichere und Ueberlegene immer besonders freundlich war, ärgerten sich meistens über die Festigkeit seiner Ansichten, die er nur scherzweise im Gespräch für eine Minute fallen ließ, um sie in der nächsten um so härter wieder zu knüpfen.

Tirpitz war keiner der preußischen Feudalen. Bürgersohn. Als alter Herr erst geadelt. So war er Vorbild und Abbild jener sogenannten „imperialistischen Demokratie". Als er zum erstenmal mit dem Orangeband des hohen Ordens vom Schwarzen Adler am Krönungsfest im Weißen Saal erschien, nahm er den alten Adolf Menzel beim Arm und sagte zu ihm: „Das haben sich unsere Eltern auch nicht träumen lassen, daß wir auf diese Weise hier mal auftreten werden." Tirpitz war immer ein volkstümlicher und urwüchsiger Mensch. Er entsprach in seinem Wesen durchaus nicht den heute schon stark beschädigten Vorstellungen vom Glanze des letzten „Wilhelminismus". Jahrzehntelang galt er als persönlicher Vertrauensmann der Majestät, und viele drängten sich nach seiner Gunst. Man sagt ihm nach, daß er seine Günstlinge immer auf die wichtigsten Posten gesetzt hätte. Das ist auch heute im objektiven Rückblick über seine Lebensarbeit zum großen Teil richtig. Aber es war für strebsame Marineoffiziere gefährlich, in Gnade bei Tirpitz zu stehen.

Wenn der Bevorzugte auch nur durch eine Kleinigkeit versagte, war der Chef unerbittlich, und der Karrieremacher versank. In Seeoffizierskreisen wurde lange Zeit das Wort verbreitet: „Ohne Tirpitz wird man doch meistens wenigstens Konteradmiral." Auf der Ministertribüne des Reichstags sprach er wie ein altgelernter Volksmann. August Bebel pflegte meistens bei den großen Tirpitzreden direkt neben dem Pult zu stehen und sog jeden Satz in sich hinein. Wenn die beiden miteinander Dialog hielten, dann war es ein Zwiegespräch wie aus einer großen Pointenszene von Sardou. Den Engländern haben, wie neulich in einem britischen Admiralsbuch zu lesen war, nur zwei Dinge imponiert: die Granaten vom Spätnachmittag von Skagerrak und

die Seeräubergeschichten von Tirpitz. Sein alter Freund und Gegner, Lord Fisher, hat einmal in glücklichen Friedenszeiten nach Worten gesucht, um ein großes Lob auf Tirpitz zu spenden. Es fiel ihm nichts anderes ein als zu sagen, „er erzählt, daß sich die Planken biegen“. Daraus ist in Deutschland das fröhliche Wort aus glücklichen Zeiten vom „Balkenbieger Tirpitz“ geworden. Man sagte sogar, daß die Sandsteine in dem schönen Marinehause am Königin-Augusta-Ufer aus den Fugen geraten seien, wenn Tirpitz dort etwas erklärte oder befahl. Legende und Anekdote sind immer Symbol für Tatsächliches. Wenn Tirpitz im Reichsmarineamt erschien, so merkte das in 10 Minuten jeder Botenjunge. Er war gewohnt, zu befehlen und marinepolitische Diskussionen ernsthaft nicht zu dulden. Sein Flottenrüstungsplan gegen England war von genialer Einfachheit. Niemals hat er sich um Verantwortungen gedrückt. Im ersten Kriegsjahr war er der einzige, der dem Kaiser zu raten wagte, die Schlachtflotte einzusetzen. Als sein strategischer Plan nicht befolgt wurde, zog er sich mit dem Groll eines großen leidenschaftlichen Mannes zurück. Später wurde er von der öffentlichen Meinung dafür verantwortlich gemacht, daß Deutschland zu viel Großkampfgeschwader und zu wenig U-Boote gebaut hätte. 1917, als die U-Bootfrage im Mittelpunkt deutscher Wehrhaftigkeit stand, hat Tirpitz die großen Hoffnungen des Hauptquartiers und des Reichskanzlers nicht geteilt. Militärisch-romantisches lag ihm fern; es mag sein, daß er für die Großkampfschiffe zu viel übrig gehabt hat. Ueber alle diese heute historisch gewordenen Fragen werden sich die Geschichtsschreiber noch einige Jahrhunderte lang den Kopf zerbrechen.

Nach dem Kriege wandte er sich mit vorsichtiger Ueberlegung der parlamentarischen Politik zu. Wenn er als Abgeordneter durch die Wandelhallen ging und sich schließlich in einen Klubsessel schwer niederließ, bildete sich immer ein großer Kreis von Funktionären aller Parteien um ihn, die mindestens ein gescheites Wort aus dem Munde des fast achtzigjährigen alten Herrn hören wollten. 1924 wäre er um Haaresbreite Reichskanzler geworden. Seine politischen Anschauungen wurzelten freilich in der Zeit seiner Mannesjahre. Heute zieht die Republik, die er nicht lieben oder verstehen konnte, für ihn die amtlichen schwarz-rot-goldenen Fahnen auf Halbmast. Einer der letzten großen Militärs mit Feldmarschallsrang ist gegangen. Das Dekorative ist dabei nicht wichtig, und am allerwenigsten wichtig hätte es Tirpitz selbst genommen. Die Weltbedeutung der deutschen Flotte ist nicht mehr, aber wenn sein Sarg mit der alten Marineflagge ins Grab sinkt, werden wir das Gefühl haben, daß der Großadmiral, der große Admiral, von dannen ging. Die Geschichte besteht aus Tatsachen und Sentiments; das historische Urteil über Tirpitz ist noch nicht fertig. Aber dieser Tote war — nehmt alles nur in allem — ein Mann!



18jährige Fliegerin erreicht 9700 Meter Höhe.

Einen neuen Höhen-Weltrekord für Damen stellte die 18jährige amerikanische Pilotin Ellinor Smith mit rund 9700 Meter Höhe auf. Die mutige junge Dame, die bereits einen Weltrekord im Dauerflug aufgestellt hatte, hat die neue Höchstleistung beinahe mit dem Leben bezahlen müssen. Sie verlor infolge Versagens des Sauerstoffapparates die Besinnung. Das führerlose Flugzeug stürzte ab; doch kam die Fliegerin zum Glück nach einem Sturz von etwa 1500 Metern wieder zum Bewußtsein und konnte den Apparat in ihre Gewalt bringen. — Fräulein Ellinor Smith.

Ministerpräsident Bartel spricht im Senat.

Der Verfall des Parlamentarismus. — Angriffe auf die Abgeordneten. Stürmische Zwischenrufe. — Proteste der Opposition.

(Telegr unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 13. März.

Gestern kam es im Senat zu einer sensationellen Ueberraschung. Bei der Erörterung des Budgets hielt Ministerpräsident Bartel eine längere Rede über den Verfall **des Parlamentarismus im allgemeinen und den des polnischen Parlamentswesens im besonderen.** Das Bild, das Bartel malte, war außerordentlich trübe und entsprach den Auffassungen des Marschalls Pilsudski, wenngleich sich Bartel der scharfen Redewendungen enthielt, die Marschall Pilsudski bei solchen Gelegenheiten anzuwenden pflegt.

Bartel sagte, daß sich der Parlamentarismus so ziemlich überall etwas überlebt habe. Das ganze demokratische System mache aus den Abgeordneten so eine Art von Gewerbetreibenden. Der Verlust eines Mandats werde als ganz persönliches Unglück empfunden. Dem Abgeordneten werden kaum irgendwelche Verpflichtungen auferlegt, und er habe kaum irgendwelche Vorbereitung nötig. Hier rief Senator Seyda dazwischen: **„Ganz wie bei den Ministern!“**

Bartel fuhr fort: „Die große Mehrzahl des Parlaments besteht aus Leuten, die sich absolut nicht in den Aufgaben zurechtfinden können, die ihnen gestellt werden, und die nur ganz blind den Anordnungen der Parteiführer gehorchen. Die Mitglieder des Parlaments erhalten ihre Bezahlung nicht für die Arbeit, die sie liefern, denn diese Arbeit verstehen sie oft nicht, sondern lediglich für den Besitz des Mandats.“

Auf einen Zwischenruf des Senators Januszewski, daß der Ministerpräsident doch etwas tiefer gehen möchte, erwiderte Bartel: **„Ich will Sie ja nicht beleidigen, aber bei dem jetzigen System ist die politische Verantwortung gegenüber den Wählern ganz illusorisch. An der Spitze stehen Abgeordnete, die ihr Fach schon seit Jahren ausüben, sie wissen von allem ein bißchen und ertragen keinen Widerspruch.** Ein Teil von ihnen nimmt an den Kommissionssitzungen teil und gibt oft genug gar nicht schlechte Referate. Aber wenn sie in der Vollsitzung des Sejms sprechen, dann richten sie sich nach der Taktik ihrer Fraktion. Die Zahl der Leute, die fähig sind, über die verschiedensten Dinge ein Urteil abzugeben, ist gering. An der Spitze der Parteien sehen wir oft Männer, die nicht die geringste Bildung besitzen und unerfahren sind in sog. Ressortfragen, im Bereich der Staatswirtschaft, der Verwaltung und der Regierungstechnik. Sie sind in dieser Hinsicht fast Analphabeten, aber ihre Stimme ist entscheidend, denn sie haben die politische Führung ihres Klubs. Es entscheiden nicht die wahren Erfordernisse des Landes, sondern die politischen Ansichten.“

Senator Strug rief dazwischen: „Genau so ist es im Ministerkabinett.“

Bartel führte weiter aus: „Wenn es sich darum handelt, zu entscheiden, welches wirtschaftliche Programm das beste ist, so geschieht es nach Klassen- und Parteiinteressen, in Abhängigkeit vom politischen Kriterium, vom Klassenstandpunkt und vom Nationalitätenproblem. Im besten Falle kommt ein Kompromiß zustande. Ich möchte hier nicht auf den direkten Verfall des Parlamentarismus eingehen, sondern lediglich auf dessen Erkrankungen. Ich halte die Einrichtung des Parlaments als gesetzgebende Körperschaft, die die Regierung zu kontrollieren hat, für nötig. Weder eine zweite Kammer mit anderer Struktur noch ein Staatsrat wird alle Mängel der gesetzgebenden Tätigkeit des Parlaments beseitigen können.“

Wie man sieht, hat der Ministerpräsident nur allgemeine Grundsätze gegeben, ohne anzudeuten, auf welche Weise eine Besserung vorgenommen werden könnte.

Es ist klar, daß diese unerwartete Rede Bartels den Widerstand der Parteien auf das stärkste wachrief. Senator Strug von der P. P. S. wies auf den energischen Ton der Rede hin und fragte, ob der Ministerpräsident wirklich so stark und so sicher sei. Er, der Redner, kenne nicht die Quelle dieser Ueberraschungen, meine jedoch, daß es sich um einen politischen Schritt handle, der sich wohl an die Sejmkollegen richte. Senator Strug protestiert dagegen, daß der Senat zu solchen Experimenten angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage benutzt werde. Solch Verhalten dem Parlament gegenüber sei ungesund, und der Ministerpräsident hätte besser getan, sich einen großen Saal in Warschau auszusuchen, um dort seine Zuhörerschar zu finden. Der Ministerpräsident habe als Erbe der voraufgegangenen Regierung Switalski, die das Land durch ihr unerfahrenes und leichtsinniges Vorgehen zu schwerster Krisis führte, eine Belehrung gegeben, anstatt zu sagen, wie man diese Krisis mildern könne. Herr Bartel habe gesprochen wie ein Lehrer der Mittelschule oder Volksschule vor seinen Schülern, die keinen Widerspruch erheben dürften.

Auch von seiten der anderen Oppositionsgruppen, insbesondere der Nationaldemokratie, der Wyzwolenie usw., wurde Widerspruch erhoben. Głąbiński von den Nationaldemokraten meinte, daß es leicht sei, eine Kritik am Parlament zu üben, aber schwerer, mit positiven Verbesserungsvorschlägen zu kommen. So lange die Regierung kein positives Programm vorlegt, halten wir solch Vorgehen für schädlich und unbegründet.

Man kann sich denken, daß das unerwartete Vorgehen Bartels eine sensationelle Ueberraschung ohnegleichen war. Vor allen Dingen deshalb, da Bartel in ehrlicher und bester Absicht während seiner jetzigen Ministerpräsidentschaft danach gestrebt hat, eine nutzbringende Zusammenarbeit zwischen Sejm und Regierung herbeizuführen. Diese Rede, die ganz den Gedankengängen Pilsudskis entspricht, scheint die bisherigen Ergebnisse in Frage gestellt zu haben. Das nächste Resultat der Ausführungen Bartels bestand darin, daß die Oppositionsparteien mit Ausnahme der Nationaldemokraten den Antrag stellten, den Dispositionsfonds Bartels um einen Zloty zu kürzen. Das ist das übliche Verfahren, mit welchem einem Minister die Unzufriedenheit des Parlaments ausgedrückt wird.

Es wird in Erwägung gezogen, ob nicht im Zusammenhang mit den Mißtrauensanträgen gegen Krystor und Czerwiński ein ähnlicher Antrag gegen Bartel gestellt werden soll. Man erinnert sich, daß auch Switalski kurz vor seinem Sturz eine solche, wenn auch in ihren Wirkungen schädlichere Rede gehalten hat. Man glaubt aus den Vorgängen den Schluß ziehen zu müssen, daß Bartel nicht mehr bereit gefunden werden könne, die Regierungsbildung zu übernehmen, falls er mit seinem Kabinett die Demission einreichen wird. Die zu erwartende Kabinettskrise nimmt daher recht ernsthafte Formen an, und das ist sehr bedauerlich, als die schwere Wirtschaftslage des Landes eine ruhige Entwicklung und die Vermeidung solcher Erschütterungen verlangt. Da nun der Liquidationsvertrag zwischen Deutschland und Polen vom Reichstag in dritter Lesung angenommen worden ist und auch der Handelsvertrag, wenngleich die letzte Regelung noch nicht getroffen ist, in kürzester Zeit unterschrieben werden dürfte, würde mit einem Rücktritt des Kabinetts eine Pause in den Beratungen über die beiden Abkommen eintreten.

Erklärung von Senator Hasbach.

Warschau, 13. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Senator Hasbach eine Erklärung ab zu den letzten Mitteilungen des Agrarreformministers Staniewicz in Sachen der Parzellierung deutscher Güter. Senator Hasbach und Senator Busse hatten bekanntlich eine längere Konferenz mit Minister Staniewicz. Auf dieser Konferenz wurde von seiten der deutschen Herren dem Minister mitgeteilt, daß die deutschen Besitzer recht gern bereit seien, eine freiwillige Parzellierung vorzunehmen, wenn nur jedes politische Motiv aus der Aufteilungsaktion streng ausgeschaltet würde. (Dieses politische Motiv liegt in den Entdeutschungsabsichten.) Der Minister veröffentlichte darauf die Namensliste für die Zwangsparzellierungen, und erst später kam die Antwort, daß der Minister, da freiwillige Aufteilungsanträge von seiten der Deutschen nicht vorlägen, gezwungen sei, die Parzellierungsliste zu veröffentlichen. Die Behauptung aber, daß sich die Deutschen von der auswärtigen Politik leiten ließen, sei eine Insinuation. Hier unterbrach der Senatsmarschall den Redner und rief ihn zur Ordnung.

In der Budgetkommission des Senats wurde gestern über die Budgetüberschreitungen und Zusatzkreditforderungen für das Jahr 1927/28 gesprochen. Berichterstatter war der Abgeordnete Liebermann, der erklärte, daß nach dem Gesetzesvorschlag die Budgetüberschreitungen 587 Millionen, nach dem Rechnungsabschluß aber 579 Millionen betrügen. Von diesen 579 Millionen könnten 320—350 Millionen als berechtigt anerkannt werden, 230 Millionen aber nicht. Ihre Verausgabung könne die Bestätigung des Sejms nicht finden. Zu diesen Ueberschreitungen gehören zunächst die 8 Millionen, die sich Marschall Pilsudski vom Finanzminister geben ließ. Zunächst betrug die vom damaligen Ministerpräsidenten geforderte Summe 5 Millionen, aber mit einem Federstrich ist diese Summe in 8 Millionen umgewandelt worden. Weiter sind nach der Ansicht des Referenten unberechtigt ausgegeben worden: 1 729 000 für den Ankauf fremden Roggens, 1 485 000 Zloty, die vom Ministerpräsidenten als Dispositionsfonds verlangt wurden, ferner 10 Millionen, die vom Industrie- und Handelsministerium für die Stickstoff-Fabrik in Tarnów aufgewandt worden sind usw. Nach einer längeren Diskussion schloß sich die Mehrheit den Anträgen Liebermanns an, wonach also der Sejm die Nachbewilligung von 220 Millionen verweigert. Diese Kommissionsbeschlüsse zeigen, wie sehr sich das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung verschärft hat. **Sie werden selbstverständlich nicht ohne Wirkung auf die Kabinettskrise bleiben.**

Dr. Curtius über die Abkommen.

Als die eigentliche Aussprache beendet war, nahm Reichsminister des Aeußern Dr. Curtius zu den von den deutschnationalen Rednern angeschnittenen Fragen Stellung. Er benutzte diese Gelegenheit, um unter großer Unruhe der Rechten des Hauses nochmals den Standpunkt der Reichsregierung zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen im allgemeinen klarzulegen und vor allem auch die politische Notwendigkeit der Verbindung des Abkommens mit dem Neuen Plan zu beweisen.

Zunächst erwiderte der Minister dem Abgeordneten Schiele, daß die Deutschnationalen mit verantwortlich seien für die Durchführung des Dawesschen Plans und für die von ihnen als verfehlt verschriene Zollpolitik. Der Abgeordnete Schiele sei derjenige gewesen, der 1927 geholfen hat, die erste Novelle zu dem Zolltarif zu machen. Die gegenwärtige Regierung habe seitdem im Interesse der Landwirtschaft wirklich entscheidende Fortschritte erzielt. (Lebhafter Widerspruch rechts, langdauernde Unruhe und Zwischenrufe. Der Präsident mußte um Ruhe bitten.)

Die kritische Lage der Landwirtschaft sei eine Welterscheinung.

Die Reichsregierung habe noch vor wenigen Tagen zur Notlage der Landwirtschaft erneut Stellung genommen und eingreifende neue Maßnahmen vorbereitet. Der Handelsvertrag mit Polen sei noch nicht abgeschlossen, er unterliege noch der Prüfung der entscheidenden Instanzen, aber er werde voraussichtlich in den nächsten Tagen paraphiert werden (Hört, hört! rechts), und er, der Minister, glaube, daß die Landwirtschaft keine Veranlassung habe, sich über diesen Vertrag zu beschweren. (Widerspruch rechts.) In diesem Handelsvertrag seien Schutzbestimmungen eingebaut worden, auf die die Landwirtschaft Anspruch erheben könne. Derselbe Vertrag hätte auch 1927 schon abgeschlossen werden müssen.

Zum polnischen Liquidationsabkommen übergehend, erklärte Dr. Curtius: Die Frage, ob das Abkommen gegen die Reichsverfassung verstößt, ob also etwa eine Zweidrittel-Mehrheit für seine Annahme erforderlich ist, ist von der Reichsregierung noch vor dem Zustandekommen des Abkommens eingehend geprüft worden. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein Verstoß gegen die Verfassung nicht vorliegt. Ich möchte noch einmal den Versuch machen, Ihnen zu zeigen, daß der Zusammenhang mit dem Neuen Plan nicht auf eine Künstelei der Reichsregierung zurückzuführen sei, sondern daß er aus dem Plan erwachsen ist. In Ziffer 143 des Neuen Plans hatten die Sachverständigen erklärt, daß mit Rücksicht auf die Herabsetzung der bisherigen die neuen Jahresleistungen von Deutschland auch ohne Abzug gezahlt werden müßten. Daraus folgerten die Sachverständigen — von ihrem Standpunkt mit Recht —, daß Deutschland dann auch verzichten müsse auf die Geltendmachung seiner Ansprüche aus der Vergangenheit. (Lachen rechts.) Unsre Sachverständigen sind nicht in der Lage gewesen, diesen Wunsch der Gläubiger zu verhindern oder etwas andres an die Stelle zu setzen. Daher steht in dem Protokoll, und zwar mit sehr starken Worten, jedes andre Verfahren würde mit dem Neuen Plan unvereinbar sein. Wir haben uns im Haag im August diesem Druck der Gläubigermächte entzogen. Ein Ausschuß von Sachverständigen hatte diese Fragen der Liquidierung der Vergangenheit in Paris weiter zu behandeln. Dort ist nun wieder die Forderung erhoben worden, wir sollten auf unsre sämtlichen Ansprüche aus der Vergangenheit — um private Forderungen und um die sogenannten Liquidationsüberschüsse — verzichten. Wie Sie wissen, haben wir in dem endgültigen Vertragswerk einen solchen allgemeinen Verzicht nicht ausgesprochen. Aber auch das ist nur möglich gewesen, weil wir, statt einen solchen allgemeinen Verzicht zu erklären, in Sonderverhandlungen eingetreten sind mit den einzelnen Gläubigerregierungen, sei es über die Liquidationsüberschüsse, sei es über die Liquidationen. So sind die Sonderabkommen aus der Ziffer 143 des Neuen Plans logisch erwachsen, und niemand, der ohne Voreingenommenheit diese Dinge betrachtet, wird diesen selbstverständlichen Zusammenhang mit dem Neuen Plan bestreiten können. Dabei handelt es sich um keinen staatsrechtlichen Zusammenhang. Die Abkommen bedürfen der besondern Abstimmung. Sie enthalten nur den Schlußvermerk, daß sie mit dem Neuen Plan zusammen ratifiziert werden sollen. Die Frage des abgetretenen Staatseigentums hat mit diesem Abkommen nichts zu tun, sondern ist geregelt durch den Artikel 142 des Neuen Plans. Für das Staatseigentum bestand eine Forderung der Reparationskommission gegen Polen. Die Reparationskommission hat Polen diese Forderung erlassen. Uns sollte der sich daraus ergebende Betrag gutgeschrieben werden über die alten Kapitalschulden. Nun ist aber unter die Abrechnung über diese alten Kapitalschulden nach Ziffer 142 des Neuen Plans ein Schlußstrich gemacht worden. (Lachen bei den Dnatl. und Zurufe.) Der Schlußstrich ist mit Zustimmung



Polnischer Botschafter für Deutschland?

Die polnische Gesandtschaft in Berlin soll nach dem Wunsche der polnischen Regierungskreise demnächst zur Botschaft erhoben werden. Als Kandidat für den Botschafterposten wird der frühere polnische Außenminister und Ministerpräsident Graf Skrzyński genannt. — Unser Bild zeigt Graf Skrzyński.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 13. März.

Konferenz für die Posener Verkehrsausstellung.

Im Beisein des Verkehrsministers Kühn fand gestern eine Konferenz statt, an der u. a. der Wojewode Graf Raczyński, der Stadtpräsident Ratajski, der Eisenbahnpräsident Rucinski, der Präsident der Post- und Telegraphendirektion, Każmierski, und Direktor Nestrzyke teilnahmen.

Stadtpräsident Ratajski hielt eine Ansprache, in der er hervorhob, daß dank der Bemühungen des Ministers Kühn der Gedanke entstanden sei, eine Verkehrsausstellung in Posen zu organisieren. Die vorbereitete Ausstellung sei von großer Bedeutung für Polen, vor allem in touristischer Hinsicht. Frankreich sei z. B. im vergangenen Jahre von 2 Millionen Personen besucht worden, die 15 Milliarden Franken dagelassen hätten. Nach einem Tätigkeitsbericht, der vom leitenden Direktor der Ausstellung, Prof. Stefan Kopp, erstattet wurde, ergriff Minister Kühn das Wort, um den Organisatoren seine Anerkennung für die in so kurzer Zeit geleistete Arbeit auszusprechen. Als der am meisten an der Ausstellung interessierte Minister hält er sie für notwendig und zweckmäßig. Er hat volles Vertrauen zum Gelingen der Ausstellung. Der Wojewode Graf Raczyński betonte die Notwendigkeit einer geschlossenen Teilnahme der polnischen Industrie im Hinblick auf namhafte Beteiligung des Auslandes.

Nach der Konferenz wurde im „Bazar" zu Ehren des Ministers ein Frühstück gegeben. Der Minister begab sich darauf nach dem Flughafen in Lawica und ist um 2 Uhr nachts nach Warschau wieder abgereist.

Stadtverordnetensitzung.

Es war nur eine kurze Zusammenkunft der Stadtväter gestern, eine sog. „fliegende Sitzung".

Nachrufe.

Zu Beginn der Beratungen widmete der Versammlungsleiter dem vor kurzem verstorbenen Posener Handelskammerpräsidenten Dr. Pernaczyński und dem gestern nachmittag beerdigten Senator Prof. Dr. Wierzejewski warme Worte des Gedenkens.

Dann erhob sich der Stadtpräsident Ratajski, der vor einigen Tagen von seiner Pariser Reise zurückgekehrt ist, und teilte der Versammlung mit, daß im Mai der

Besuch Pariser Kommunalvertreter

zu erwarten sei.

Die akut gewordene

Stenogrammfrage

wurde auf Vorschlag Dr. Pińkowskis an den Finanz- und Haushaltsausschuß verwiesen. Der eine Stenograph, der jeden Sitzungstag 40 Zloty kostet, genügt nicht den Anforderungen, so daß man zwei Stenographen anstellen will.

Die einzelnen Punkte der Tagesordnung, die keine „großen Vorlagen" umfaßten, wurden schnell erledigt.

Bei der

Wahl von Mitgliedern der Sanitätskommission,

die eine Erweiterung erfuhr, wies Frau Dr Großman auf die erstaunliche Tatsache hin, daß die Kommission „nur auf dem Papier" stehe. Sie sei zwei bis drei Jahre nicht zusammengetreten, obwohl sie doch eigentlich bei der hier und da mangelnden Hygiene ein weites Tätigkeitsfeld hätte. Der Magistrat müsse natürlich zur Beschaffung des nötigen Materials für Kommissionsarbeiten nur die entsprechende Initiative zeigen.

Persönliche Angelegenheiten.

Den Bürovorstehern Baranowski und Tyrakowski wurden ohne Widerspruch die Gehaltsbezüge der zweiten Gruppe bewilligt.

Der **Demonstrationsstreik der Kaufmannschaft** gegen die Umsatzsteuer wurde wider Erwarten im Stadtparlament überhaupt nicht erwähnt. jr.

Verordnung des Wojewoden betr. Schweineseuche und Schweinepest.

Mit Rücksicht auf den augenblicklichen Stand der Schweineseuche und -pest auf dem Gebiete der Wojewodschaft Posen wird auf Grund der maßgebenden Bestimmungen was folgt angeordnet:

§ 1. Auf dem ganzen Gebiet der Wojewodschaft Posen wird, unabhängig von den Anordnungen der Verwaltungsbehörden erster Instanz, verboten:

a) das Schweinetreiben zur gemeinschaftlichen Weide, sowie das Treiben von Schweinen im allgemeinen,
b) die Ausübung des Kastriergewerbes durch Personen, die nicht im Besitze eines tierärztlichen Diploms sind, in Gehöften, die von Schweinepest oder -seuche angesteckt sind,
c) der Eintritt in fremde Ställe von Personen, die infolge ihres Berufes mit Tieren, Tierkadavern in Berührung kommen (Gerber, Abdecker, Kastrierer, Händler, Fleischer, Metzger usw.).

§ 2. Die Ausfuhr (ausführen oder heraustragen), sowie der Transport von Schweinen aus einer bzw. durch eine angesteckte Ortschaft wird von der Genehmigung des zuständigen Starosten abhängig gemacht unter Innehaltung der vorgeschriebenen Bedingungen.

§ 3. An Wegen, die an ansteckende Ortschaften grenzen, sind Tafeln mit einer deutlichen Aufschrift „Zaraza świn" (Schweineseuche) bzw. „Pomór świn" (Schweinepest) anzubringen.

§ 4. Die Kosten, die durch die Untersuchung der Schweine durch den Tierarzt bei der Ausfuhr entstehen, und die nach dem gesetzlichen Termin zu erheben sind, tragen die Parteien bzw. die interessierten Personen.

§ 5. Uebertretungen dieser Verordnung unterliegen der Bestrafung gemäß Abt. VII des Tierseuchengesetzes.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im „Poznański Dziennik Wojewódzki" in Kraft und verpflichtet bis auf Widerruf.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Verordnung wird gleichzeitig festgestellt, daß das Verbot des Abhaltens von Schweinemärkten aufgehoben ist.

Theaterabend des Vereins Deutscher Hochschüler.

Wie einem Teil der Posener Bürger bekannt ist, besteht seit geraumer Zeit im hiesigen Verein Deutscher Hochschüler eine Theatergruppe, die seinerzeit schon den „Fremden" von Lienhard und ein Krippenspiel aufführte. In diesem Winter hat sich noch ein Orchester gebildet, das mit Erfolg auf dem Deutschen Tage im November und auf dem Theaterabend anläßlich der Tagung der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft spielte.

Jetzt bereiten Theatergruppe und Orchester gemeinsam einen eigenen Abend vor. Am Sonntag, 23. März, wird im Zoologischen Garten die Zauberposse mit Musik „Der böse Geist Lumpacivagabundus" aufgeführt.

× **Anläßlich des Volkstrauertages am nächsten Sonntage** findet um 4½ Uhr nachmittags auf dem alten Garnison-Friedhofe eine Trauerfeier für die Gefallenen des Weltkrieges statt.

× **Gegen die neuen Abgaben für die Handwerkskammer** ist in einer Versammlung der Schneiderinnungen, die im Handwerkerhause stattfand, energisch protestiert worden. In einer Entschließung wird darauf hingewiesen, daß die geplanten neuen Gebühren ganz überflüssig wären, wenn die Gebühren aus dem Gewerbescheinen unter die Handels- und die Handwerkskammern gerecht verteilt würden.

× **Dem Posener Demonstrationsstreik** haben sich die meisten Städte Großpolens angeschlossen, u. a. Wongrowitz, Gnesen, Inowroclaw, Schroda, Jarotschin, Birnbaum, Rawitsch, Obornik, Samter, Schmiegel usw.

× **Die neue stomatologische Universitätsklinik,** ul. Ratajczaka 14 (fr. Ritterstraße), wurde am Montag eingeweiht.

× **Eine Mietssteigerung** von 20 auf 30 Zloty monatlich hat, dem „Dziennik" zufolge, der Magistrat in seinem Hause auf der Fischerei für Einzelpersonen vorgenommen.

× **Todesfall.** Am Dienstag starb der Propst Włodzimierz Mann in Goluchowo.

× **Schulfrei** ist am nächsten Mittwoch, 19. März, dem Namenstage Józef Piłsudskis.

× **Die Generalversammlung des Vereins Deutscher Sänger** findet am Sonnabend, 15. d. Mts., 8½ Uhr abends in der Grabenloge statt. Alle Mitglieder werden gebeten, ihr Interesse an der Förderung und Pflege des Liedes durch vollzähliges Erscheinen zu bekunden.

× **Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein** hält seine Monatssitzung Donnerstag, 13 d. Mts., abends 8 Uhr im Bristol, ul. Zwierzyniecka 1 (fr. Tiergartenstraße), ab. Oberlehrer Piontek spricht über „Welt und Sterne". Gäste willkommen.

× **Auf frischer Tat ertappt wurden von dem** Ausstellungswächter Kędziora beim Abreißen von Blitzableitungsdrähten in der ulica Szamarzewskiego 3 (fr. Kaiser Wilhelmstr.) drei Burschen, von denen der eine, der 18jährige Władysław Szymkowiak, gefaßt wurde, während die beiden anderen entkamen.

× **Unfall.** Angefahren und verletzt wurde Dienstag nachmittag in Górna Wilda (fr. Kronprinzenstraße) von der Straßenbahn Linie 8 Jan Repka aus Bentschen. Er wurde in das Stadtkrankenhaus geschafft.

× **Diebstähle.** Gestohlen wurden: einem Leon Jaszewski aus seinen Büroräumen in der ul. Strzelecka 32 (fr. Schützenstraße) ein Mantel mit Pelzkragen und verschiedene Bürogegenstände im Werte von 1500 Zloty; einer Magdalena Kasprzak, St. Martinstraße 7, aus der Bodenkammer ein Koffer mit Wäschestücken im Gesamtwerte von 300 Zloty.

× **Vom Wetter.** Heut, Donnerstag, früh waren nach schwachem Schneefall drei Grad Kälte.

× **Sonnenaufgang und Sonnenuntergang** am Freitag, 14. 3., 6,20 Uhr und 18 Uhr.

× **Der Wasserstand der Warthe in Posen** betrug heut, Donnerstag, früh + 0,41 Meter, wie gestern und vorgestern.

× **Nachtdienst der Aerzte.** In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte", ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telephon 5555, erteilt.

× **Nachtdienst der Apotheken** vom 8.—15. März. Altstadt: Apteka Sapieżyńska, Plac Sapieżyński 1; Apteka pod Eskulapem, Plac Wolności Nr. 13; Apteka pod Złotym Lwem, Stary Rynek Nr. 75; Apteka Chwaliszewska, Chwaliszewo 76. — St. Lazarus: Apteka przy Parku Wilsona, ul. Marsz. Focha 47. — Jersitz: Apteka Mickiewicza, ul. Mickiewicza 22. — Wilda: Apteka pod Koroną, Górna Wilda Nr. 61. — Ständigen Nachtdienst haben folgende Apotheken: Solatsch-Apotheke, Mazowiecka 12, die Apotheke in Luisenhain (mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr nachm. bis 9 Uhr abends), die Apotheke in Główno, die Apotheke in Gurtschin, ul. Marsz. Focha 158, die Apotheke der Eisenbahnkrankenkasse, St. Martin 18, die Apotheke der Krankenkasse, ul. Pocztowa 25.

× **Rundfunkprogramm für Freitag, 14. März:** 13 bis 13.05: Zeitzeichen, Fanfarenblasen vom Rathausturm. 13.05 bis 14: Schallplattenkonzert. 14 bis 14.15: Notierungen der Effekten-, der Getreidebörse und des Schlachthofes. 14.15 bis 14.30: Landwirtschaftliche Mitteilungen der Pat., Bericht über den Schiffsverkehr usw. 16.25 bis 16.45: Bildfunk. 16.45 bis 17.25: Hörspiel für die Jugend. 17.25 bis 17.45: Englisch. 17.45 bis 18.45: Militärkonzert. 18.45 bis 18.55: Beiprogramm — Verschiedenes. 18.55 bis 19.10: Soldatenstunde. 19.10 bis 19.30: Vortrag. 19.30 bis 19.50: Interessantes aus aller Welt. 19.50 bis 20.15: Holland von heute. 20.15 bis 22.30: Symphoniekonzert aus Warschau. In den Pausen Programme der Posener Theater und Kinos. 22.30 bis 22.45: Zeitzeichen, Mitteilungen der Pat., Sport. 22.45 bis 24: Tanzmusik aus der Wielkopolanka.

× **Programm des Deutschlandsenders für Freitag, 14. März, Königswusterhausen:** 9: Lehrgang für praktische Landwirte. 9.30: Bastelstunde. 10: Vortrag „Bei deutschen Landwirten in aller Welt". 12: Schallplattenkonzert. 14.30: Kinderstunde. 15: Jungmädchenstunde. 15.40: Vortrag „Ceylon von heute". 16: Vortrag „Rebellion der Jugend". 16.30: Nachmittagskonzert von Leipzig. 17.30: Vortrag „Goethe über Natur und Kunst". 17.55: Vortrag „Krise im Großhandel". 18.20: Unterhaltende Stunde. 19.05: Vortrag „Die Frau in ihren Altersstufen". 19.30: Wissenschaftlicher Vortrag für Zahnärzte. 20: Abendkonzert. 21: Hugo Wolf-Gedenkstunde. Anschl. Blasorchester-Konzert.

Gottesdienstordnung für die katholischen Deutschen.

Vom 15. bis 22. März.

Sonnabend, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. Sonntag, 7½ Uhr: Beichtgelegenheit; 9 Uhr: Predigt und Amt; 2½ Uhr: Kreuzweg-Andacht und hl. Segen. Montag, 7 Uhr: Gesellenverein. — Alle Wochentage sind Fasttage, Freitag und Sonnabend auch Abstinenztage.

Aus der Wojewodschaft Posen.

* **Birnbaum,** 12. März. Im Zusammenhang mit dem Morde an dem Rittergutsbesitzer Georg von Hantelmann im Jahre 1924 wurde, dem „Nowy Kurjer" zufolge, der stark verdächtige Karol Brylski in Milostowo verhaftet

* **Crone a. Br.,** 12. März. In der Nacht zum Sonntag haben, wie der „Deutschen Rundschau" von hier gemeldet wird, ruchlose Hände ein Eisengitter von drei Meter Länge vor der Sakristei der hiesigen evangelischen Kirche mit Gewalt umgeworfen. Das Gitter war in Steinplatten eingegossen. Außerdem wurde die Scheibe eines Kirchenfensters durch Steinwürfe zertrümmert. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

* **Czarnikau,** 12. März. Beim Landwirt Andrzej Kazimierczak in Marunowo richtete Feuer einen Schaden von 25 000 Zloty an.

* **Gnesen,** 12. März. Franciszek Kalecki, ul. Św. Wawrzyńca 12, nächtigte bei seinem Freunde Władysław Kamedulski. Als dieser am Morgen aufwachte, mußte er das Fehlen des Gastes feststellen, aber auch dreier Anzüge, Mäntel, 500 Zloty bar, zusammen 1400 Zloty.

* **Inowrocław,** 12. März. Ein Brand brach am 6. d. Mts. abends in Marcinkowo auf dem Gehöft des Besitzers August Drieschner aus, durch den eine Scheune, sowie zwei Schuppen eingeäschert wurden. Außerdem verbrannten auch große Vorräte an Heu und Stroh, sowie sämtliche landwirtschaftliche Maschinen und eine Menge Wirtschaftsgeräte. Der Schaden beläuft sich auf rd. 22 000 Zloty. Die Gebäude waren versichert.

* **Kirchplatz Borui,** 12. März. Am Sonntag wurde die Ortsarme Frau Kurtz in ihrer Stube tot aufgefunden. Anscheinend hat, wie die Neutomischeler „Kreis-Ztg." schreibt, Frau K. den Tod durch Verhungern erlitten. Die Verstorbene wurde schon etliche Jahre lang von der Gemeinde ernährt. Ein herumlaufender Zettel bestimmte der Reihe nach die Besitzer zur Verabfolgung der Mahlzeiten. Dieser Zettel ist nun anscheinend auf irgend eine Weise verloren gegangen. Die Frau bekam kein Essen mehr und war nun dem Hungertode preisgegeben. Erst einige Tage nach ihrem Tode wurde sie von Mitbewohnern aufgefunden, als ihre Leiche schon in Verwesung übergegangen war. Die gerichtliche Obduktion der Leiche wird noch die genaue Todesursache feststellen.

* **Krotoschin,** 12. März. Der Geschäfts- und Handwerkerstreik am Dienstag ist auch in unserer Stadt bis auf kleine Ausnahmen durchgeführt worden. Um 4 Uhr fand eine Versammlung im Hotel zum Weißen Adler statt, die den Charakter ernsten Protestes gegen die neuerdings zurückgezogene Umsatzsteuerreform trug.

* **Lachmirowice, Kreis Strelno,** 12. März. In der Nacht zum Montag drangen Diebe mittels Nachschlüssels in das Innere des hiesigen Eisenbahnstationsgebäudes, wo sie mit Hilfe einer im Hausflur liegenden Brechstange die in der Wand eingemauerte eiserne Geldkassette herauszubrechen begannen. Bei dieser Arbeit wurden sie jedoch vom Stationsvorsteher, der durch den Lärm aus dem Schlafe geweckt wurde, gestört, so daß sie es vorzogen, schleunigst in der Richtung der Wälder von Sukowy zu verschwinden, ohne auch nur das geringste mit sich zu nehmen. Es handelt sich um drei Diebe.

* **Langenheim, Kreis Ostrowo,** 10. März. Im Alter von 85 Jahren starb dieser Tage der Altsitzer und Kriegsveteran Karl Weihrauch. Er wurde in Kobierno, Kreis Krotoschin, geboren und hat die größte Zeit seines Lebens auf der väterlichen Scholle verbracht. Trotz seines betagten Alters war er immer noch sehr rüstig. Im Feldzug 1870/71 nahm er an den Gefechten bei Vionville, Gravelotte, Beaumont, Sedan, Straßburg, Metz, Amiens, Orleans, Montbebiard, St. Quentin, Paris und Pontarier teil. Die Beerdigung fand unter großer Anteilnahme der Kirchengemeinde auf dem evangelischen Friedhofe in Latowitz statt. Die Trauerandacht hielt Pastor Rutz-Ostrowo. Weihrauch war in unserem Kirchspiel der letzte Veteran von 1870/71. Sein einziger Kompagniefreund Karl Stein aus Deutschdorf, mit dem er gemeinsam im Feldzuge gegen Frankreich kämpfte, hat trotz seines hohen Alters seinem Waffenbruder das letzte Geleit gegeben.

* **Münchwitz,** 11. März. Die hiesige Jugend veranstaltete in der Schule eine Theateraufführung und spendete den Reingewinn von 59 Zloty zum Bau eines Denkmals für die im Kriege gefallenen Helden.

* **Obornik,** 8. März. In der Nähe des Bahnhofes wurde Frau Marja Leszczyńska von einem Manne überfallen, der ihr die Handtasche raubte. Als verdächtig wurde Leon Karolszak aus Kowanówko verhaftet.

* **Otorowo, Kr. Samter,** 8. März. Endlich ist es, wie der „Stadt- und Landbote" in Birnbaum schreibt, gelungen, den Hühnerdieb festzunehmen, der seit langem unsere Einwohner bestahl. Es ist dies der Landwirtssohn Czesław Mieczyński von hier, dem sein Vater bei seinem unsauberen Handwerk behilflich war.

* **Rawitsch,** 12. März. Der gestrige Proteststreik war eine große Ueberraschung für Beteiligte und Unbeteiligte. In der Mittagsstunde wurden als Protest gegen die Zurücknahme der bereits gewährten Umsatzsteuerermäßigungen alle Läden, Geschäfte, Gasthäuser geschlossen. Ausnahmslos wurde dieser Streik durchgeführt, die Ladentüren wurden geschlossen, das Geschäfts- und Erwerbsleben ruhte.

* **Runowo kr.,** 11. März. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag auf dem Vorwerk Klarynowo. Der Arbeiter Koniec wollte durchgehende Pferde anhalten und wurde dabei so unglücklich von der Deichsel getroffen, daß ihm die Brust gequetscht und Zähne ausgeschlagen wurden. Bei Anlegung des Notverbandes starb er. Er ist Vater von zehn Kindern.

* **Samter,** 11. März. Die Ausfuhr von Klauenvieh aus unserem Kreise nach dem Auslande ist wegen Auftretens der Maul- und Klauenseuche verboten.

* **Schmiegel,** 12. März. Dem Protest gegen die Umsatzsteuer hatte sich auch die hiesige Geschäftswelt angeschlossen. Da die Bekanntgabe den meisten Beteiligten erst kurz vor 1 Uhr zugestellt wurde, war es für viele eine Ueberraschung. — Die eine Hälfte des in der ul. Matejka 15 gelegenen Hauses, dem Schuhmachermeister Kalms gehörig, ist durch Kauf in den Besitz der Geschwister Kühn übergegangen. Durch diesen Kauf sind letztgenannte alleinige Besitzer des ganzen Grundstücks geworden.

* **Tremessen,** 11. März. Im Dorfe Bieślin haben mehrere Jungen den auf 30 Morgen ausgebreiteten Dung des Landwirts Karl Krause in Brand gesteckt. Der Dung verbrannte vollständig. Dabei wurden so gewaltige Rauchwolken entwickelt, daß benachbarte Feuerwehren zu Hilfe eilten in der Meinung, daß Großfeuer sei.

* **Wreschen,** 12. März. Heut früh wurde die Schneidemühle in Orzechowo völlig eingeäschert.

20. Ziehung der polnischen Staatslotterie

5. Klasse. — 6. Ziehungstag.

(Ohne Gewähr.)

10 000 Złoty auf Nr. 171 727, 179 195;
5000 Złoty auf Nr. 172 723, 179 074;
3000 Złoty auf Nr. 25 645, 28 117, 37 774, 63 748, 87 290, 181 195;
2000 Złoty auf Nr. 8379, 21 263, 23 596, 65 308, 66 160, 88 145, 88 422, 93 432, 96 565, 107 369, 132 554, 157 463, 170 447, 178 129, 191 123, 199 993, 205 102;
1000 Złoty auf Nr. 1691, 9144, 13 644, 58 581, 61 550, 64 885, 71 827, 85 008, 107 148, 155 879, 160 149, 165 938, 172 830, 185 903, 195 188, 195 948, 205 170, 207 849, 209 477.

Schlusswort zum mitteleuropäischen Wirtschaftstag Breslau

Leitthema für die ganze Tagung: Wege zu einem Wirtschaftsbündnis.

Wenn man, ohne die Reihenfolge der Reden wahrzunehmen, den gebrachten Stoff überblickt, so wurde das Thema nach den Einzelheiten abgewandelt: Ein engerer Zusammenschluss Mitteleuropas ist zur unmittelbaren Notwendigkeit geworden. Die Zustände sind soweit reif geworden, dass man an eine wirtschaftliche Annäherung der mitteleuropäischen Staaten unmittelbar herantreten kann. Vereinfachungen im mitteleuropäischen Postverkehr. Der Zustand und Verbesserungsnotwendigkeiten im Eisenbahnverkehr. Ausbau der mitteleuropäischen Wasserstrassen.

Dass der Zusammenschluss Mitteleuropas unmittelbare Notwendigkeit geworden sei, brachte wohl am eindrucksvollsten der überaus sympathische Dompropst Blaskovicz aus Temesvar (Rumänien), einstiges Mitglied des ungarischen Reichstags, Organisator der Landwirtschaft des Banats, zum Ausdruck. Der Zustand ist unerträglich geworden. Seit vierzig Jahren ist es der Landwirtschaft nicht so schlecht gegangen wie heute, nur der Zusammenschluss Mitteleuropas kann helfen. Ein wirtschaftlicher Zusammenschluss der kleinen Entente ist unmöglich, da würde das Uebermass an Getreide nur die tschechoslowakische Landwirtschaft zugrunde richten, der rumänischen aber wäre nicht geholfen. Wenn aber Mitteleuropa sich zusammenschliesst, ist die Ausfuhrmenge der Oststaaten dieses Verbandes noch immer kleiner als der Bedarf. Nur in dieser Form ist Rettung möglich. Wertvoll waren die Ausführungen von Professor Studnicki, Warschau. Die Notwendigkeit des mitteleuropäischen Wirtschaftszusammenschlusses ist augenscheinlich. Für die einzelnen Staaten beträgt der Anteil am mitteleuropäischen Warenverkehr für

	Einfuhr	Ausfuhr
Oesterreich	66%	62%
Tschechoslowakei	52%	59%
Ungarn	74%	74%
Jugoslawien	79%	63%
Polen	44%	69%
Deutschland	14%	20%
Rumänien	30%	34%

wobei die Bedeutung Mitteleuropas für Deutschland durch dessen Rolle als Vermittler in diesen Zahlen nicht genügend zum Ausdruck kommt. Welche Bedeutung Deutschland für Mitteleuropa zukommt, erhellt aus der Abhängigkeit der Wirtschaftskonjunktur Polens, Oesterreichs, Ungarns, der Tschechoslowakei von jener Deutschlands, die Gesundung der Valuten war erst möglich nach jener Deutschlands. Die Zusammenfassung Mitteleuropas durch Präferenzzölle über die Meistbegünstigung hinaus würde die Gesundung von der Agrarnot, damit die Förderung der Industrie bedeuten, der durch die gewaltigen Investitionsarbeiten, deren ein organisiertes Mitteleuropa bedarf — gewaltige Eisenbahn- und Kanalisationsarbeiten — die volle Ausnützung ihrer Leistungsfähigkeit gewährleistet wäre. **So wie es ohne deutsch-polnische Verständigung kein Mitteleuropa gibt, würde umgekehrt die wirtschaftliche Verständigung Polens mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn einen Kern schaffen, um den sich aus Notwendigkeit und zu ihrem Vorteile andere Staaten anschliessen würden.**

Ebenfalls im Sinne eines mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses gingen die Aeusserungen von Exz. Baron Sterenyi, ungarischem Minister a. D.

Waren die bisher erwähnten Ausführungen in dem Sinn gehalten, dass die Notwendigkeit des Zusammenschlusses bestehe, so zeigte Exz. Riedl, österr. Gesandter a. D., dass die Möglichkeit der praktischen Durchführung gekommen sei. Im negativen Sinn hat sich Klärung ergeben, dass der einseitige Protektionismus der Nachkriegszeit unhaltbar ist. Undurchführbar sind Bindungen, die über Europa hinausgehen, das zu sagen haben Briand und Stresemann als erste den Mut gehabt. Paneuropa oder auch nur ein wirtschaftliches Paneuropa ist derzeit unmöglich, ein einheitliches Zollgebiet auch nur zwischen zwei Staaten zu schaffen, ist ausserordentlich schwer. Zollfrieden ist undurchführbar. Dagegen hat Haag eine Atmosphäre geschaffen, die das Zusammentreten zu Verhandlungen ermöglicht; vor allem hat der Völkerbund, was als sein grösstes Verdienst zu bezeichnen ist, die Technik der kollektiven, mehrseitigen Vertragsverhandlungen ausgebildet. Während es bei den Vorkriegsverhandlungen Gepflogenheit und Notwendigkeit war, dass jeweils nur zwei Vertragspartner sich zusammensetzten, ist es heute durchführbar, dass ein ganzer Kreis in einer Konferenz und an einem Tisch sich zum Vertragsschluss vereinigt, wodurch das Verfahren ausserordentlich vereinfacht wird. Die Schaffung einer loseren Organisation unter einer Gruppe von wirtschaftlich aufeinander angewiesenen Vertragspartnern zu dem Zwecke möglichster Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs und möglichst weitgehender Herabsetzung des Zollniveaus müsste das Ziel sein. Zwischen den verbündeten Staaten würde volle und unbedingte Meistbegünstigung herrschen. Für alle aussenstehenden Staaten würde die Meistbegünstigung dahin eingeschränkt, dass sie nur für Begünstigungen gilt, die anderen, dem Bündnisse nicht angehörige Staaten gewährt werden, und dass sie keinen Anspruch auf Sondervorteile sichert, welche die verbündeten Staaten sich gegenseitig einräumen.

Exz. Riedl will bei der praktischen Durchführung dieser Gedanken bei den Weststaaten beginnen, dem industriellen Mitteleuropa einschliesslich Frankreich und Italien, weil hier durch die einheitliche geistige Einstellung der Widerstand am geringsten wäre, um später den agrarischen Osten Mitteleuropas, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Polen anzugliedern. Demgegenüber wurde es von anderer Seite als zweckmässiger angesehen, die Ost- und Weststaaten sofort gemeinsam zusammenzufassen, jedoch ohne Italien und Frankreich, die in anderer Richtung gebunden sind.

In der Reihenfolge der Redner folgte Riedl der Lehrer für Verwaltungsrecht an der Universität Wien, Prof. Brockhausen, mit dem Thema „Verwaltungs-Protektionismus". Dem „Zoll"protektionismus soll begegnet werden. Hinter diesem aber steht der „Verwaltungs"protektionismus als mächtiger Helfer in dem Kampf für Autarkie und Export. Der Zeichenlehrer wird diszipliniert, weil er den Kohinoorstift, der nicht im Land erzeugt wird, empfiehlt. Lizenzgebühren für ausländische Reisende machen diesen die Bereisung unmöglich. Aktenerledigung wird herangezogen, ein Staat lässt in seinem Konsulat die unerledigten Ansuchen um Ursprungszeugnisse in einem Jahre auf 60 000 anwachsen. Das Bankwesen wird herangezogen. Oder Verwaltungsbestimmungen: Die Einfuhr von Flaschenbier ist ja frei, aber die Flaschen müssen vorher im Inland geeicht sein. (Reichsminister Hamm hat diese Beispiele später durch eins ergänzt: Ein kleiner Staat begnügte sich nicht mit der normalen Beglaubigung der Unterschrift in einem unbedeutenden Geschäftsfall, es mussten alle Geschäftsstellen einschliesslich des auswärtigen Amtes und des Reichskanzlers auf der Beglaubigung enthalten sein.) Diesen Verwaltungsmassnahmen muss bei einem Zollverband begegnet werden. Die ideale Lösung muss dabei vier Wirkungen haben. Sie müsste bekannte Massnahmen einschränken, künftigen vorbeugen. Der geschädigte Staat müsste ausgeschaltet werden, aber auch der geschädigte Private darf nicht hineingezogen werden. Prof. Brockhausen meint, dass in der Schaffung einer Stelle nach dem Muster des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes die Lösung gefunden werden könnte. Ohne dass diesem Gerichtshof ein Strafrecht gegen die Verwaltung zugestanden hätte, deren Autorität also gewahrt blieb, hat doch keine Regierung gewagt, wiederholten gleichartigen Entscheidungen dieses Gerichtshofes entgegen Verwaltungsmassnahmen zu treffen.

Nachdem alles, was systematisch zu sagen war, von ihm gesagt wurde, beschränkte sich Bundeskanzler a. D. Streruwitz, ein Herr, der selbst am Beratungstisch in Genf gesessen hatte, darauf, auf das Negative, auf das, was ein Vorwärtskommen behindern könne, zu verweisen. Man müsse sich verwahren, dass vom wirtschaftlichen Paneuropa gesprochen werde, wenn man von vornherein erkenne, dass es nicht durchführbar sei. Man könne nicht mit einem vollen Abbau der Zollgrenzen, müsse mit dem Protektionismus als einer Notwendigkeit rechnen, weil er die erste Funktion der neuen Staatenbildung, die Bildung einer neuen Epidermis bedeute. Ein Leck an dem Schiff der europäischen Wirtschaft sei es, dass Firmen immer wieder zu Verlustpreisen Waren ausführen, und dann durch einen „Ausgleich" für ihre Person, jedoch zum Schaden der gesamten europäischen Wirtschaft den Verlust gutmachen.

Als sofort greifbares Ergebnis der Tagung ist zu bezeichnen, dass das deutsche Reichspostministerium die Tagung zu der Erklärung benützte, dass die Reichspost grundsätzlich bereit sei, das Inlandporto allen mitteleuropäischen Staaten zu gewähren, die ihrerseits bereit wären, im Verkehr mit Deutschland dieselben Massnahmen durchzuführen. Anschliessend an die Verlesung des betreffenden Schreibens des Reichspostministers Schätzel erörterte Präsident Grünfeld, wie anderweitig Postverbände bestünden und sich auswirkten. In Mitteleuropa sei die Möglichkeit gegeben, einen Sonderverein im Rahmen des Weltpostvereins zu gründen oder Einzelverträge zwischen den Staaten abzuschliessen. Das letztere scheint ihm das Gangbarere. Dr. Lothar Weiss, als Vertreter des Wiener Handels, schlug weitgehende Normalisierung im Postverkehr vor.

Als spärlich ist das Ergebnis der Tagung bezüglich des Eisenbahnverkehrs zu bezeichnen. Aus dem Referate von Unterstaatssekretär a. D. Enderes hörte man in erster Linie das Negative heraus. Eine Betriebsgemeinschaft der mitteleuropäischen Staatsbahnen oder auch nur der für den zwischenstaatlichen Verkehr wichtigsten Linien ist derzeit nicht möglich. Auch tun wir nicht gut, wenn wir nicht berücksichtigen, dass die Regierungen die Eisenbahnen als hochwichtiges Werkzeug ihrer gesamten Volkswirtschafts-, der Handels-, Produktions-, Bevölkerungs- und Sozialpolitik benützen. Als möglich wurde vom Referenten ganz allgemein die Schaffung einheitlichen Eisenbahnrechts, Vereinheitlichung der Beförderungsbedingungen angegeben. Es sei anzustreben, dass wenigstens der allgemeine Aufbau der Tarife vereinheitlicht, die Stabilität der Tarife stärker als bisher gesichert, die Fristen für Aenderungen und deren Kundmachung verlängert und eine gleichmässige Fortbildung der Tarife gesichert sei. Zusammengefasst ergab sich bezüglich des Eisenbahnwesens mancherlei Anregung, viel Wiederholung, wenig klar Greifbares.

Sehr breit war das Kapitel Wasserstrassen aufgenommen worden. Wieder wurde der ganze Ausbau des mitteleuropäischen Wasserstrassennetzes vorgenommen, wobei von der Tschechoslowakei und von Deutschland aus freilich immer nur vom Donau—Oderkanal, keinesfalls vom Donau—Weichselkanal gesprochen wurde. In diesem Sinne gingen die Vorträge von Ministerialrat Krieg, Berlin, und Professor Smrcek, Brünn, einem der ältesten Vorkämpfer des Donau—Oderkanals, Vertreter der Tschechoslowakei in der internationalen Donau-Kommission. Von grösster Bedeutung ist die Mitteilung, dass die tschechoslowakische Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht hat, demzufolge durch Aufwendung von je 200 Millionen Kr. durch 15 Baujahre der Donau—Oderkanal in dieser Bauzeit fertiggestellt werden soll. Bisher wurden jährlich nur 80 Millionen aufgewendet. Oberbahnrat Schoefl, Reichenberg, regt an, das Binnenschiffahrtsrecht dem internationalen Einsenbahnrecht anzugleichen, gemeinsame Eisenbahn- und Schiffsfrachten einzuführen.

Der Ueberblick über die Arbeit der Tagung lässt den grossen Umfang der Arbeit erkennen. Das Ziel war sehr weit gesteckt, darunter hat die Uebersicht und wohl auch die Schlagkraft gelitten. Als unmittelbarer praktischer Erfolg ist der Vorschlag der Reichspostverwaltung zu bezeichnen, unmittelbar von Wert sind die Ergebnisse bezügl. des Ausbaus der Wasserstrassen. Tadellos war die Regie der Durchführung, die Leitung durch den Präsidenten Tilgner (Präsident der Wiener Handelskammer) und durch Bundeskanzler a. D. Streruwitz. Die alte Handelsstadt Breslau am Kreuzungspunkt der Strassen von Brabant nach Moskau und von der Ostsee zur Donau gab ein passendes und anregendes Milieu. Das kam am eindrucksvollsten vielleicht in der Begrüssungsansprache des Oberbürgermeisters Wagner im alten Rathaussaal zum Ausdruck, als er davon erzählte, dass schon 1368 von Breslau mit Prag ein Vertrag geschlossen worden sei, dass die Breslauer und Prager Kaufleute in beiden Städten gleichberechtigt sein sollen. Heute fühlt das an zwei Grenzen gelegene Breslau mehr als eine andere Stadt Deutschlands die Notwendigkeit der gegenseitigen Annäherung. Die Gäste waren überaus gastfreundlich aufgenommen, ein Ausflug, den die Reichsbahndirektion auf der elektrifizierten Bahnstrecke ins Riesengebirge bis Schreiberhau veranstaltete, krönte die Gastfreundschaft. Ing. Schwarzl.

Neue Diskontsenkung der Bank Polski?

In der am 13. März stattfindenden Ratssitzung der Bank Polski wird voraussichtlich über eine erneute Herabsetzung des Diskontsatzes beraten werden. Die polnische Wirtschaftspresse weist darauf hin, dass mit der in Deutschland zuletzt vorgenommenen Diskontsenkung auf 5½ Prozent die Spanne zwischen dem Diskontsatz der Reichsbank und dem der Bank Polski 2½ Prozent erreicht habe, während sonst 1 Prozent als die normale Differenz zwischen den Sätzen der beiden Notenbanken betrachtet werde.

Liquidation von 434 Firmen im Wilnaer Gebiet. Das Wilnaer Gebiet macht gegenwärtig eine besonders schwere Wirtschaftskrise durch; das Ausmass dieser Krise ist grösser, als man anzunehmen geneigt wäre. Allein in diesem Jahre sind 434 Firmen liquidiert worden.

Märkte.

Danzig, 12. März. Notierung für 100 kg: Weizen 130 Pfd. 20.75—21, Roggen 11, Braugerste 12—13.25, Futtergerste 11.25—12, Hafer 10—10.50, Roggenkleie 9, Weizenkleie, grobe 11. Zufuhr: Weizen 4, Roggen 528, Gerste 482, Hafer 45, Hülsenfrüchte 147 und Saat 113 Tonnen.

Kattowitz, 12. März. Für 100 kg wurden bezahlt in Złoty: Weizen Inland 35—37, Export 41.50 bis 42.50, Roggen Inland 19—20, Export 24—25, Hafer Inland 17.50—18.50, Export 19—20, Leinkuchen (franko Empfangsstation) 36—37, Sonnenblumenkuchen (franko Empfangsstation) 26—27. Weizenkleie (franko Empfangsstation) 15.50—16.50, Roggenkleie (franko Empfangsstation) 12—13. Tendenz: ruhig.

Produktenbericht. Berlin, 13. März. Die erneut flauen Meldungen von den überseeischen Terminmärkten beeinträchtigten im Vormittagsverkehr die Unternehmungslust, zumal das Mehlgeschäft keine Belebung erfahren hat. Zu Börsenbeginn war die Tendenz jedoch als stetig anzusprechen, da die ersten Liverpooler Notierungen eine Erholung erkennen liessen und das Inlandsangebot von Brotgetreide nach wie vor knapp bleibt. Weizen und Roggen zur prompten Waggonverladung wurden von den Mühlen zu unveränderten Preisen aufgenommen. Infolge der nicht unbeträchtlichen Preissermässigungen für Auslandsweizen ist an den Küstenplätzen nunmehr die Einfuhrparität hergestellt, ohne dass sich jedoch angesichts der Unsicherheit über die bevorstehenden Regierungsmassnahmen grössere Kauflust zeigt. Am Lieferungsmarkt setzte Weizen ½ Mark niedriger, Roggen gut behauptet ein. Weizen- und Roggenmehle haben bei unveränderten Mühlenofferten kleines Bedarfsgeschäft. Hafer ist ausreichend angeboten, aber im Preise gehalten. Gerste in unveränderter Marktlage.

Kartoffeln. Berlin, 13. März. Weisse 1.60—1.90, rote 1.70—2.10, gelbe 2.40—2.60 Mk.

Berlin, 12. März. Getreide und Oelsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen 232—235, Mai 252.50—251.50, Juli 260—259. Roggen 139—144, Mai 161, Juli 164—163. Futter- und Industriegerste 160—170, Wintergerste 140—150. Hafer 119 bis 128, Mai 132—130, Juli 138—136.50. Mais 142. Weizenmehl 26.50—34, Roggenmehl 20—23.50, Weizenkleie 8—8.50, Roggenkleie 7.25—7.75. Viktoriaerbsen 20—25, kleine Speiseerbsen 18—20, Futtererbsen 16 bis 17, Peluschken 16—18, Ackerbohnen 16—18, Wicken 18—23, blaue Lupinen 12.50—14, gelbe Lupinen 16—17.50, Seradella 25—29.50, Rapskuchen 12.50 bis 13.50, Leinkuchen 16.50—17.50, Trockenschnitzel 6.50—6.70, Soyaschrot 13.50—14.30, Kartoffelflocken 11.50—12.

Posener Börse.

(Schlusskurse)

Fest verzinsliche Werte.

Notierungen in %	13. 3	12. 3
8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł.)	—	—
5% Konvertierungs-Anleihe (100 zł.).	53.25G	—
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Franken).	—	—
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr. der staatl. Agrarbk. (100 G.-zł.)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw. Fr.)	—	—
8% Obligat. der Stadt Posen (100 G.-zł) v. J. 1926	—	
8% Oblig. d. Stadt Posen (100 G.-zł) v. J. 1927	92.00G	92.00G
8% Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.)	94.50G	94.50G
4% Konvertierungspfand. d. P. Ldsch. (100 zł)	40.00G	40.00B
Notierungen je Stück:		
6% Rogg.Br. der Posener Ldsch. (1 D-Zentner)	19.25G	19.50B
3% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Posener Pr.-Obl. m. p. Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar)	74.00G	—
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zł)	—	—
8% Hypothekenbriefe	—	—

Tendenz: behauptet.

Industrieaktien.

	13. 3.	12. 3.		13. 3	12. 3.
Bank Polski	—	—	Hartwig C.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	H. Kantorow.	—	—
Bk. Przemył.	—	—	Herzf.-Viktor.	—	—
Bk.Zw.Sp.Zar.	—	—	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
P.Bk.Ziemian	—	—	Dr.Roman May	—	67.00G
Bk. Stadhag.	—	—	Młyn Wągrow.	—	—
Arkona	—	—	Młyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	27.00G	—	Płótno	—	—
Brzeski-Auto	—	—	P.Sp.Drzewna	—	—
Cegielski H.	40.00 +	—	Sp. Stolarska	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Tri	—	—
Centr. Skór	—	—	Unia	—	—
Cukr. Zduny	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Goplana	—	—	Wyr.Cer.Krot.	—	—
Grodek Elekt	—	—	Zw. Ctr. Masz.	—	—

Tendenz: behauptet.

G = Nachfrage B = Angebot. + = Geschäft * = ohne Umsatz.

Der Złoty am 12. März 1930: Zürich 58.075, London 43.37, New York 11.25, Prag 378,00.

Danziger Börse.

Danzig, 12. März. In Danziger Gulden wurden notiert für: Scheck London 25.01, 100 zł 57.64—57.79. Telegr. Auszahlungen: Berlin 100 Reichsmark 122.577 bis 122.883, Warschau 100 zł 57.61—57.76, London 1 Pfund Sterling 25.01½.

Warschauer Börse.

Börsenstimmungsbild. Warschau, 12. März. Das an und für sich in den letzten Tagen schon kleine Angebot ist heute noch weiter zurückgegangen. Ein grosser Teil der Ordereingänge konnte deshalb nicht erledigt werden. Im Mittelpunkt des Interesses stand wieder Bank Polski mit einem Gewinn von 2 zł. Andere Bankaktien behauptet. Chemische Aktie Spiess leicht gestiegen. Monantwerte konnten den gestrigen Verlust wieder einholen. Metallaktien uneinheitlich, doch waren die Abweichungen nach beiden Seiten nicht sehr gross. An allen anderen Märkten kam es aus oben angeführten Gründen zu keinem nennenswerten Geschäft.

Am Markt für festverzinsliche Werte hat die 5prozentige Konvertierungsanleihe wieder 1 Prozent bei lebhafter Nachfrage gewonnen. Auch die Prämienanleihen waren heute besser gefragt und lagen je 75 gr höher. Alle anderen Staatsanleihen waren gut behauptet. Auch für private und Kommunalpfandbriefe hielt die gute Nachfrage an. Hier waren Provinzial-Pfandbriefe bevorzugt, die auch verhältnismässig gut anziehen konnten.

Der Devisenmarkt eröffnete heute gleichfalls etwas lebhafter bei starker Bevorzugung der Devise London, die sogar in sonst selten grossen Mengen erworben wurden. Die Gesamttendenz war jedoch eher schwächer, da europäische Devisen rückläufige Kurse aufwiesen. Auffallend schwach lagen Danzig, Holland und Zürich. Belgien machte mit einem Gewinn von 2 gr eine Ausnahme, New York behauptet.

Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.90, Goldrubel 4.685, Tscherwonez 1.60 Dollar, Kabel New York 8,922.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.72, Budapest 155.88, Bukarest 5.305, Oslo 238.72, Helsingfors 22.45, Spanien 109.10, Riga 171.70, Talinn 237.55, Italien 46.73, Berlin 212.75, Montreal 8.865, Sofia 6,465.

Fest verzinsliche Werte.

	12. 3	11. 3
5% Dollarprämien-Anleihe II. Serie (5 Doll.)	75.50	73.75
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł.)	54.00	53.00
6% Dollar-Anleihe 1919-20 (100 Doll.)	—	—
10% Eisenbahn-Anleihe (100 G. Fr.)	102.50	102.50
5% Eisenb.-Konvert.-Anleihe (100 zł.)	—	—
4% Prämien-Investierungs-Anleihe (100G.-zł)	128.50	127.75
7% Stabilisierungsanleihe	—	—

Industrieaktien.

	12. 3.	11. 3.		12. 3	11. 3
Bank Polski	168.00	166.00	Węgiel	52.50	51.50
Bank Dyskont.	—	—	Nafta	—	—
Bk. Handl. i. W.	—	—	Polska Nafta	—	—
Bk. Zachodni	—	—	Nobel-Stand.	—	—
Bk.Zw. Sp.Z.	78.50	78.50	Cegielski	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	25.25	25.50
Puls	—	—	Modrzejów	13.75	13.25
Spies	100.00	—	Norblin	65.00	65.00
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Elektr. Dąbr.	—	—	Ostrowieckie	—	—
Elektryczność	—	—	Parowozy	—	—
P. Tow. Elekt.	—	—	Pocisk	—	—
Starachowice	21,25	21.25	Roha	—	—
Brown Boveri	—	—	Rudzki	—	—
Kabel	—	—	Stąporków	—	—
Siła i Światło	—	87.00	Ursus	—	—
Chodorów	—	—	Zieleniewski	—	—
Czersk	—	—	Zawiercie	—	—
Częstocice	—	—	Borkowski	—	—
Gosławice	—	—	Br. Jabłkow.	—	—
Michałów	—	—	Syndykat	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	—	—
W. T. F. Cukru	—	28.00	Herbata	—	—
Firley	—	—	Spirytus	—	—
Łazy	—	—	Żegluga	—	—
Wysoka	—	—	Majewski	—	—
Drzewo	—	—	Mirków	—	—

Tendenz: fester.

Amtliche Devisenkurse

	12. 3. Geld	12. 3. Brief	11. 3. Geld	11. 3. Brief
Amsterdam	356.88	358.68	—	—
Berlin*)	212.52	213.04	212.30	212.72
Brüssel	124.06	124.6[illegible]	124.04	124.66
Helsingfors	—			
London	43.26	43.48	43.27	43.49
New York	8.886	8.926	8.886	8.926
Paris	34.82	35.00	34.83	35.01
Prag	26.36	26.50	26.36	26.50
Rom	—	—	46.63	46.87
Kopenhagen	238.30	239.50	238.22	239.42
Stockholm	238.90	240.10	—	
Wien	125.[illegible]8	125.80	125.32	125.84
Zürich	172.16	173.02	172.26	173.12

*) Ueber London errechnet.

Tendenz: schwächer.

Berliner Börse.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 13. März. Die Annahme der Young-Gesetze und die Verabschiedung des Liquidationsabkommens mit Polen konnten die von der Börse erhoffte Geschäftsbelebung nicht bringen. So verstimmte es schon vormittags, dass die erwarteten Kaufaufträge des Auslandes nicht eintrafen. Auch die hiesige Spekulation übte eine so grosse Zurückhaltung, dass bereits vorbörslich ein Abbröckeln der Kurse zu beobachten war. Die noch ihrer Lösung harrenden Finanzprobleme beunruhigten etwas, und die Meldungen, wie der schwache Schluss der gestrigen New Yorker Börse und die Insolvenz der rumänischen Bank Timiscana, fanden stärkere Beachtung. Die Festsetzung der Anfangskurse gestaltete sich recht schleppend, und es kam bei kleinsten Umsätzen zu Abschwächungen, die allerdings nur selten über 2 Prozent hinausgehend. Acu, Tietz und Schubert und Salzer büssten 3 Prozent ein, Bemberg und Rheinisch-Braunkohlen schwächten sich um 2½ bzw. um 2¼ Prozent ab. Vereinzelt bemerkte man bei Werten wie Bayrische Vereinsbank, Akkumulatoren, Augsburg, Nürnberg, Wicking und Svenska Besserungen um ca. 1 Prozent. Nach den ersten Kursen machte sich bei Siemens, Farben, Reichsbank, Polyphon, Kali- und Spritwerten drückendes Angebot bemerkbar, und es kam zu Verlusten bis zu 4 Prozent. Etwas später setzte auch am Bankenmarkt eine Abwärtsbewegung ein. Wieder tauchten Gerüchte von einer Dividendenreduktion bei einer D-Bank auf, und der in der gestrigen Abendpresse bereits von allen Seiten beleuchtete sehr ungünstige Revisionsbericht der Favag trug gleichfalls mit zu der Schwäche des Verlaufs bei. Auch Schiffahrtswerte schwach. Anleihen behauptet, Ausländer fest. Pfandbriefmarkt überwiegend gründlicher, Reichsschuldbuchforderungen, besonders späterer Fälligkeiten, sehr fest. Devisen etwas fester, Pfunde anziehend, Madrid fester, Schweiz schwach. Die internationale Gelderleichterung machte auch am hiesigen Platze Fortschritte, Tagesgeld 3½—5½ Prozent, Monatsgeld 6¾ bis 8⅛ Prozent, Warenwechsel ca. 5½ Prozent.

Terminpapiere

(Anfangskurse)

	13. 3.	12. 3.		13. 3.	12. 3.
Dt. R.-Bahn	90.25	89.67	Goldschmidt	68.00	68.00
A.G.f.Verkehr	114.00	116.00	Hbg. Elk.-Wk.	131.00	—
Hamb. Amer.	105.50	104.75	Harpen. Bgw.	131,00	132,00
Hb. Südam.	—	—	Hoesch	—	108.75
Hansa	—	—	Holzmann	—	98.00
Nordd. Lloyd.	107.75	107.25	Ilse Bgbau.	251.00	251.00
Al.Dt.Kr.Anst.	12[illegible].00	121.25	Kali. Asch.	213.25	214.75
Barmer Bank	128.50	128.50	Klöcknerw.	103.00	105.50
Berl.Hls.-Ges.	179.87	180.25	Köln-Neuess.	—	106.00
Com.u.Pr.-Bk.	154.50	155.50	Löwe, Ludw.	—	—
Darmst. Bank	229.00	230.50	Mannesmann	106.00	107.87
Deutsch.Bank	146.00	146.00	Mansf. Bergb.	104.25	104.75
Disc.-Ges.	—	—	Metallwaren	—	—
Dresdner Bk.	146.00	147.25	Nat. Auto-Fb.	—	—
Mdtsch.K.Bk.	—	—	Oschl. Eis. Bd.	—	—
Schulth. Patz.	270.50	270.00	Oschl. Koksw	100.25	100.50
A. E. G.	163,00	164.37	Orenst. u. Kop.	—	73.75
Bergmann	[illegible]	202.50	Ostwerke	211.25	210.87
Berl. Msch.-F.	—	—	Phönix Bgbau	100.25	102.12
Buderus	76.00	75.62	Rh.Braunkoh.	231.25	232.00
Cop. Hisp. Am.	323.00	—	Rh. Elek.-W.	—	142.00
Charl. Wasser	87.50	88.50	Rh. Stahlwk.	113.75	115.62
Conti Caoutch.	146.50	147.00	Riebeck	96.00	—
Daimler-Benz	38.87	39.62	Rütgerswerke	77.00	77.25
Dessauer Gas	168.50	170.50	Salzdetfurth	360.50	362.00
Dt. Erdöl-Ges.	101.00	101.25	Schl. Elek.-W.	164.87	165.50
Dt. Maschinen	—	—	Schuckt. & Co.	185.00	186.50
Dynam. Nobel	—	78.90	Siem.&Halske	249.00	251.00
El. Lief.-Ges.	—	164.00	Tietz, Leonh	156.00	159,00
El. Licht u.Kr.	166.00	167.25	Transradio	—	—
Essen. Steink.	141.75	—	Ver.Glanzstoff	—	—
I. G. Farben	163.25	164.37	Ver. Stahlw.	95.37	96.00
Felten u.Guill.	—	125.50	Westeregeln	214.50	216,50
Gelsenk.Bgw	138.37	139.25	Zellst. Waldh.	206.62	208.75
Ges. f. el. Unt.	171.50	172.50	Otavi	57.62	57.62

	13. 3.	12. 3.
Ablös.-Schuld 1-60 000	51.00	51.00
60-90 000	51.00	51.00
Ablös.-Schuld ohne Auslosungsrecht	8.62	8.62

Industrieaktien.

	13. 3.	12. 3.		13. 3.	12. 3.
Accumulator.	112.50	—	Laurahütte	51.87	52.00
Adlerwerke	—	—	Lorenz	—	—
Aschaffenbrg.	151.50	153.25	Motor. Deutz	70.25	71.25
Bemberg	153.50	157.00	Nordd. Wolle.	85.87	—
Berger, Tiefb.	306,00	307.00	Pöge, Eltr.-W.	17.00	—
Dt. Kabelwk.	—	—	Riedel	—	—
Dt. Wolle	—	—	Sachsenwerke	95.00	95.00
Dt. Eisenhd.	68,00	68.00	Sarotti	—	—
Feldmühle	177.00	178.00	Schl.Bgb.u.Zk	—	—
Hohenlohe	—	—	Schl. Textil	—	—
Humboldt	—	—	Schub. & Salz.	229.00	229.50
Körting, Gebr.	52.00	51.50	Stollb. Zink.	68.00	90.00
Lahmeyer	—	—			

Tendenz enttäuschend.

Amtliche Devisenkurse.

	13. 3. Geld	13. 3. Brief	12. 3. Geld	12. 3. Brief
Buenos Aires	1.562	1.566	1,567	1.571
Bukarest	—	—	2.488	2.492
Canada	—	—	4.170	4.178
Japan	—	—	2,063	2,067
Konstantinopel	—	—	—	—
London	20.366	20.406	20,358	20.498
New York	4.1885	4.1965	4.1885	4,1965
Rio de Janeiro	—	—	0.488	0.490
Uruguay	—	—	3.726	3.734
Amsterdam	167.96	168,30	167.93	168.27
Athen	—	—	5.425	5.435
Brüssel	58.36	58.48	58.35	58.47
Danzig	—	—	81.43	81.59
Helsingfors	—	—	10.536	10.556
Italien	21.955	21.995	21.94	21.98
Jugoslavien	—	—	7.400	7.414
Kopenhagen	112.11	112,33	112.08	112.36
Lissabon	—	—	18,81	18.85
Oslo	112.06	112.28	112.03	112.25
Paris	16.385	16.425	16.38	16,42
Prag	—	—	12,413	12.433
Schweiz	—	—	81,02	81,18
Sofia	—	—	3,034	3,040
Spanien	—	—	52,42	52.52
Stockholm	—	—	112.39	112.61
Talinn	—	—	111,59	111.81
Budapest	—	—	73.16	73.30
Kairo	—	—	20.875	20.915
Wien	—	—	58,99	59.11
Reykjawik 100 Kronen	92.16	92.34	92.16	92.32
Riga	—	—	80.72	80.88
Kaunas (Kowno)	—	—	41.81	41.89
Warschau	—	—	46.90	47,15

Ostdevisen. Berlin, 12. März. Riga 80.72—80.88, Kowno 41.81—41.89, Warschau 46.90—47.10, Helsingfors 10.536—10.556, Talinn 111.59—111.81, Kattowitz 46.875—47.075, Posen 46.90—47.10.

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

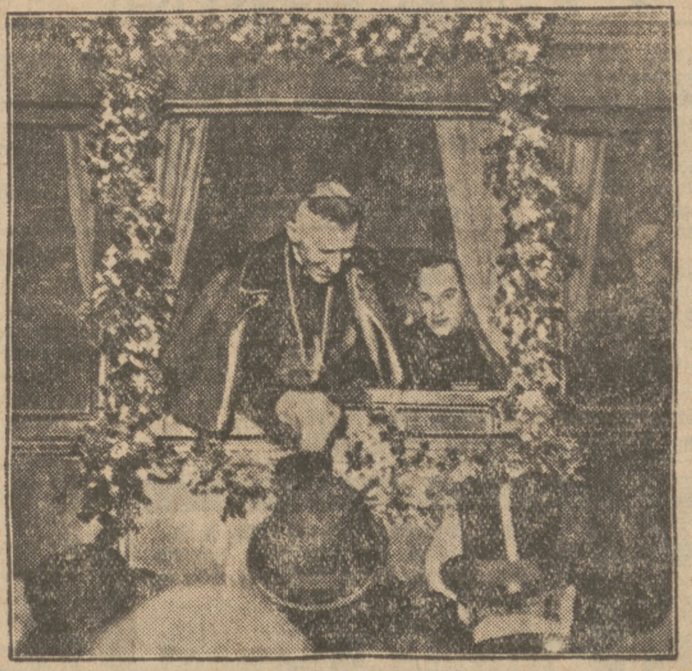
der deutschen Sachverständigen in Paris gezogen worden. Dies hat allerdings Herr Schacht in seiner Denkschrift weggelassen. (Lebhaftes Hört! hört bei den Regierungsparteien, Lärm bei den Dnatl. und Rufe: „Sie vertreten hier wohl nur die Young-Mächte?") Ich vertrete die Mehrheit. (Lärm bei den Dnatl.) Die Regierung betrachtet das Polenabkommen durchaus nicht als einen hundertprozentigen Erfolg. Es muß aber festgestellt werden, daß in der Frage der Liquidationen mehr erreicht wurde, als nach dem Neuen Plan zu erreichen war. In der Frage des

Wiederkaufsrechts

wurden nicht alle Wünsche erfüllt. Eine weitestgehende Sicherung des deutschen Besitzes in Polen ist aber gewährleistet. Durch eine vorsichtige Haltung der deutschen Minderheit in Polen, die sich nicht feindlicher Akte gegenüber dem polnischen Staat schuldig machen darf, können diese Dinge wesentlich gefördert werden. (Lärmende Zwischenrufe rechts.) Ein Sejmabgeordneter hat mir mitgeteilt, daß die Grenzzonenverordnung keine Möglichkeit geben wird, das im Liquidationsabkommen Erzielte wieder rückgängig zu machen. Diese Verordnung wendet sich vielmehr in erster Linie gegen den Besitz von Ausländern im polnischen Staatsgebiet. Sie betrifft polnische Staatsbürger deutscher Nationalität nur in einem ganz schmalen Grenzstreifen und wird daher in der Praxis keine große Rolle spielen, ganz abgesehen davon, daß bisher auch noch kein Fall ihrer Anwendung bekanntgeworden ist. Durch die polnische Agrarreform werden die 12 000 deutschen Ansiedlerfamilien nicht berührt. Aber auch bezüglich des Großbesitzes sind entsprechende Zusicherungen von der polnischen Regierung gemacht worden. (Graf Westarp (Dnatl.): Ueber polnische Zusicherungen lacht man!) Die Agrarreform ist eine polnische Angelegenheit, die sich der Einmischung einer fremden Regierung entzieht. Trotzdem hat der polnische Minister des Aeußern erklärt, die polnische Regierung denke nicht daran, die Agrarreform zur Aushöhlung des Liquidationsabkommens zu benutzen. (Gelächter rechts.) Wenn das Abkommen abgelehnt und dann eine fürchterliche Enttäuschung und Entdeutschung in Polen einsetzen würde, dann würden Sie (nach rechts) belehrt werden, daß wir auf dem rechten Weg sind, wenn wir uns für die Verabschiedung des Abkommens einsetzen. (Beifall bei der Mehrheit. Zwischenrufe rechts. Stöhr (Nat.-Soz.) wurde zur Ordnung gerufen, weil er dem Minister zugerufen hatte: „Sind Sie der polnische Minister?")

Eine Niederlage und ein Sieg Tardieus in der Kammer.

Paris, 13. März. (R.) In der Nachtsitzung, die die Kammer abgehalten hat, um die Frage der Einheitsschule zum Abschluß zu bringen, hat die Regierung eine neue Niederlage erlitten. Der Finanzausschuß der Kammer hatte dem betreffenden Paragraphen, der die Einführung des unentgeltlichen Unterrichts in der untersten Klasse der höheren Lehranstalten vorsieht, eine Bestimmung vorangestellt, die die allmähliche Ausdehnung der Reform auf sämtliche Unterrichtsklassen in Aussicht stellt. Ministerpräsident Tardieu verlangte die Streichung dieses Paragraphen. Die Kammer lehnte jedoch den Antrag der Regierung auf Streichung dieser Bestimmung mit 292 gegen 286 Stimmen ab. Die Vertrauensfrage hatte der Ministerpräsident nicht gestellt. Darauf wurde der zweite Teil des Artikels betreffend den unentgeltlichen Unterricht mit 420 gegen 165 Stimmen genehmigt. Sodann begann die Diskussion der Artikel betreffend die Kredite für die neuen Ministerien und Unterstaatssekretariate. Der Vorschlag des Finanzausschusses, die Zahl der Regierungsmitglieder obligatorisch auf 25 festzulegen, der also auf die Streichung der vom ersten Kabinett Tardieu geschaffenen neuen Minister- und Staatssekretärposten hinausläuft, wurde, nachdem Tardieu die Vertrauensfrage dagegen eingesetzt hatte, mit 320 gegen 260 Stimmen von der Kammer abgelehnt.



Orsenigos Abschied von Budapest.

Der bisherige päpstliche Nuntius in Budapest, Monsignore Cesare Orsenigo, der bekanntlich als Nachfolger von Pacelli die Berliner Nuntiatur übernimmt, wurde in der ungarischen Hauptstadt herzlich verabschiedet. — Unser Bild zeigt den Nuntius in dem blumenumkränzten Abteilfenster des Zuges bei der Abfahrt aus Budapest.

Aus der Republik Polen.

Ein verurteilter Magistrat.

Lodz, 11. März. Eine sehr interessante Gerichtsverhandlung, bei der der Magistrat angeklagt war, fand dieser Tage statt. Der Sachverhalt wird von polnischen Blättern folgendermaßen geschildert: Das Lichtspieltheater „Kasino" brachte seinerzeit einen Propagandafilm unter dem Titel „Liebe und Tränen Chopins" nach Lodz. Um die propagandistische Bedeutung dieses Films hervorzuheben, wandte sich die Direktion an den vor kurzem in Warschau verstorbenen Prof. Sliwiński mit der Bitte, vor jeder Vorstellung ein Chopinstück zu spielen. Der Lodzer Magistrat stellte sich auf den Standpunkt, daß diese Darbietung keine Propaganda sei, und veranlagte die Steuer, die von Kabarettdarbietungen erhoben wird. Der Magistrat behandelte das Auftreten des berühmten polnischen Pianisten einfach als Kabarettstück. Das Lichtspieltheater „Kasino" wollte natürlich diese Steuer nicht bezahlen und verklagte den Magistrat. **Das Gericht hat die Angelegenheit zugunsten des Lichtspieltheaters entschieden.**

Zaleski und Graf Skrzyński.

Warschau, 12. März. (A. W.) Gerüchten zufolge, die in politischen Kreisen verbreitet sind, sind verschiedene Aenderungen in der polnischen Diplomatie geplant. So soll zum Beispiel der polnische Gesandte in Berlin, Roman Knoll, der diesen Posten seit zwei Jahren inne hat, nach Tokio kommen. Als Nachfolger wird der Unterstaatssekretär im Außenministerium, Dr. Alfred Wysocki, genannt. Auch spricht man von einer Kandidatur des Grafen Alexander Skrzyński. Eingehend kommentiert wird die Begegnung des Ministers Zaleski mit Skrzyński auf einem Raut im Schloß, wo sie zum ersten Male seit mehreren Jahren eine Unterredung führten, die 15 Minuten dauerte.

Die Gerüchte über Veränderungen werden von der „Pat." dementiert.

Gegen den Kommunismus.

Lodz, 12. März. (A. W.) Die im Berufsverband **„Praca Polska"** zusammengeschlossenen Arbeiter haben einen Aufruf erlassen, in dem sie energisch gegen die Verfolgungen und den Terror in Sowjetrußland protestieren und die Arbeiterklasse zu einer zielbewußten Bekämpfung der kommunistischen Propaganda auffordern.

Spaltung der P. P. S.

Lodz, 12. März. Im Gebiet von Łęczyca ist es zu einer Spaltung in der P. P. S. gekommen. Der bisherige Leiter des Ortskomitees ist fast mit dem gesamten Parteivorstand zur Revolutionsfraktion übergegangen. Diesem Schritt haben sich die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in Łęczyca angeschlossen.

Proteste.

Warschau, 12. März. In einer Protestkundgebung gegen die Verfolgungen in Sowjetrußland, die auf Betreiben der antibolschewistischen Liga veranstaltet worden ist, sind eine Reihe von Entschließungen gefaßt worden. In einer dieser Entschließungen wird die polnische Regierung aufgefordert, alle zugänglichen Mittel zu ergreifen, um die Verfolgung der Gewissensfreiheit und die Bedrückung der Polen in Rußland aufzuhalten. In einer weiteren Entschließung heißt es: Die Versammelten sprechen allen denen, die ideell in Rußland leiden, ihre Bewunderung aus und haben den Wunsch, daß das Mitleid mit ihnen ein moralischer Ansporn werde, bis zum Ende auszuharren. Die Namen aller Glaubenskämpfer sollen ein Muster für die künftigen Geschlechter sein.

Der Pensionskassenaffäre erster Teil erledigt.

Der „geheimnisvolle Photograph".

Der gutbezahlte Nichtfachmann.

—b. **Posen, 12. März.**

Obwohl der Prozeß, der gegenwärtig die Gemüter in Posen in Aufregung hält, an und für sich eine Sensation ist, bietet jeder einzelne Teil noch Aufregungen besonderer Art. Wir haben an dieser Stelle bereits auf Einzelheiten, die den ersten Teil der Anklage betreffen, hingewiesen. Der letzte Verhandlungstag brachte besonders wichtige Momente. Für diesen Tag waren nur vier Zeugen geladen. Die ersten drei hatten nichts auszusagen, was nicht von den vorhergehenden Zeugen berührt worden wäre. Alle erhielten für Sitzungen, die etwa zwei Stunden dauerten, Diäten für volle zwei Tage und drei Nächte ausgezahlt, nahmen außerdem die hohen „besonderen Vergütungen" fraglos an und bezogen neben ihren Jahresgehältern von etwa 3000 Zloty Bezüge von fünf und sieben Tausend.

Als letzter Zeuge kommt dann ein Mann an den Richtertisch, dem man ohne weiteres ansieht, daß er geistig kein besonders gottbegnadeter Mensch ist. Aber er ist gelernter Tischler und so nebenbei „Liebhaberphotograph". Durch irgendeine Gelegenheit ist er zum Mitglied des Verwaltungsrates der Pensionskasse gewählt worden. Als solches wußte er sich ins rechte Licht zu stellen.

Ebenso wie die anderen Zeugen bezog auch er seine Gelder, und eines schönen Tages tauchte in einer Sitzung der Plan auf (niemand weiß woher), die verschiedensten Einrichtungen der Kasse zu photographieren, in Kolmar Serienbilder aufzunehmen und auch von dem angekauften Moszczenice Bilder anzufertigen, diese in Alben einzureihen und die Alben an die Spitzen nach Warschau zu senden, damit sie sich von der „durchgreifenden Tätigkeit der Kassenverwaltung" überzeugen könnten. Und dann tauchte in Kolmar der geheimnisvolle Photograph in Gestalt jenes Tischlers auf. Einige Aufnahmen wurden gemacht, ein gutes Frühstück eingenommen und dann zurück nach Posen gefahren. Für solche Ausflüge erhielt der Photograph dann an der Kasse Beträge von etwa je 270 Zloty pro Reise und Aufnahme. Es werden auch einige dieser angefertigten Bilder auf den Verhandlungstisch gelegt, und da der Vorsitzende Dr. Cyprian gerade ein Fachmann in dieser Hinsicht ist, gewinnt dieser Abschnitt der Verhandlung besonderes Interesse. Zu der Anfertigung der versprochenen Alben ist es allerdings nicht gekommen. Der Zeuge beginnt sich auch langsam selbst hereinzulegen, als der Vorsitzende ihm Fragen vorlegt, die nicht gerade dazu dienen, den Photographen zu entlasten.

Für die Anfertigung verschiedener Bilder hat der Tischler dann von der Kasse etwa 3000 Zloty abgehoben. Zusammen mit den dafür gezahlten Diäten und besonderen Vergütungen entfallen auf den Zeugen jährlich etwa 5000 Zloty Nebeneinnahmen. Heiter wird die Situation, als der Vorsitzende ihn fragt, „ob er wohl mit einer anderen Nebenbeschäftigung auch so viel verdient hätte", und der Zeuge antwortet, „daß es wohl kaum so viel geworden wäre", je nachdem, wo er diese Beschäftigung gefunden hätte. „Ich kann mir das eben auch nicht denken, daß Sie als Tischler nebenbei im Jahre noch etwa 7000 Zloty verdienen können, wenn Sie täglich acht Stunden Dienst haben und dann eine Nebenbeschäftigung hätten."

Es folgen dann Verlesungen verschiedener Dokumente, die noch zum ersten Teil gehören, und gegen 2 Uhr wird die Verhandlung aus Donnerstag 9 Uhr früh vertagt, wo der zweite Teil der Anklage zur Verhandlung kommen soll

Die Arbeitslosen.

Warschau, 13. März. Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug am 8. d. Mts. 287 000 Personen. Das bedeutet eine Zunahme von 4500

Antisemitische Kundgebung.

Warschau, 13. März. Gestern ist es hier zu studentischen Kundgebungen auf antisemitischer Grundlage gekommen. Nach einer Versammlung im Prosektorium wurde um 2 Uhr ein Plakat ausgehängt mit der Aufschrift „Juden ist der Zutritt untersagt", worauf der Leiter des Prosektoriums, Prof. Loth, die Anstalt schloß. Es formierte sich ein Umzug, an dem sich 2000 Personen beteiligt haben sollen. Die Teilnehmer zogen vom Anatomischen Institut in der ul. Polna nach der Universität mit Transparenten, die die Aufschriften trugen: „Es lebe die Medizin ohne die Juden! Wir verlangen jüdische Leichen ins Prosektorium! Wir verlangen den „Numerus clausus" in der Medizin!" usw.

Konferenz mit Pilsudski.

Warschau, 13. März. Gestern nachmittag begab sich Ministerpräsident Bartel ins Belvedere, wo er eine dreiviertelstündige Konferenz mit Pilsudski abhielt.

Ghandi.

London, 13. März. (R.) **Ghandi äußerte sich über die Ziele seines Propagandamarsches in einer Rede an einem Ort, in welchem Ghandi mit seinen Anhängern zum ersten Male auf seinem Marsche Rast machte. Er erklärte unter anderem, daß er auf sein zurückgezogenes Leben in seiner Heimat voraussichtlich für immer verzichtet habe. Möglicherweise sei es auch das letzte Mal, daß er vor dem Volk spreche. Jeder Inder müsse die Salzsteuer bekämpfen, selbst unter Einsatz des eigenen Lebens.**

Ein reicher indischer Kaufmann soll Ghandi für dessen Propagandamarsch einen Betrag in Höhe von 1 Million Mark zur Verfügung gestellt haben. In Bombay wurde ein unabhängiger Rat der Inder gebildet, der für Ghandi Sammlungen einleiten und Anhänger werben soll.

Deutsches Reich.

Schüsse bei einem politischen Zusammenstoß in Berlin.

Berlin, 12. März. (R.) In der vergangenen Nacht kam es in der Steinmetzstraße zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, in dessen Verlauf mehrere Schüsse abgefeuert wurden Der 22jährige Arbeiter Adolf Behnert wurde durch zwei Schüsse so schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Polizei nahm vier Kommunisten und sechs Nationalsozialisten fest.

Teilverständigung Hapag — Lloyd

Berlin, 13. März. (R.) Die „D. A. Z." teilt mit: **In der heutigen Bilanzsitzung der Hapag wird wieder eine Dividende von 7 Prozent, wie im Vorjahre, vorgeschlagen werden. Im Anschluß daran wird die Verwaltung voraussichtlich eine Mitteilung machen, die besagt, daß in absehbarer Zeit ein näheres Zusammengehen mit dem Norddeutschen Lloyd ins Auge gefaßt worden ist, wodurch jegliche Konkurrenz ausgeschaltet werden soll. Man spricht auch stellenweise davon, daß es zu einer völligen Interessengemeinschaft kommen könne.**

Aus anderen Ländern.

Tödlicher Flugzeugunfall eines kanadischen Kampffliegers.

Ottawa, 13. März. (R.) Der kanadische Oberst W. G. Barker, Inhaber der höchsten englischen Fliegerauszeichnungen, fand gestern bei einem Flugzeugunglück den Tod. Barker, der den Weltkrieg vom Anfang bis Ende mitgemacht hat, hat nach amtlicher Darstellung 52 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Er war 36 Jahre alt.

Kunstschätze.

Karlsruhe, 13. März. (R.) Zwischen dem Lande Baden und den Mitgliedern der ehemaligen großherzoglichen Familie wurde vereinbart, daß 511 der ihnen gehörigen Kunstwerke in der badischen Kunsthalle sowie gegen 25 000 Blätter des Kupferstichkabinetts in das Eigentum des Landes Baden übergehen. Der Kaufpreis beträgt 4 Mill., das schwebende Darlehn von 200 000 Mark wird dabei als getilgt betrachtet.

Die letzten Telegramme.

Großfeuer in Danzig.

Danzig, 13. März. Gestern ist in Danzig auf der Speicherinsel ein schweres Großfeuer ausgebrochen. Der Riesenspeicher „Deogloria" ist ein Raub der Flammen geworden. Als das Feuer entdeckt wurde, war der Brand bereits soweit vorgeschritten, daß eine Rettung nicht mehr möglich war. Sieben Spritzendampfer eilten herbei, um den Kampf mit dem wütenden Element aufzunehmen. Es gelang, nur das Großfeuer auf den Herd zu beschränken. Bei dem Kampfe mit dem Feuer ist leider ein tapferer Feuerwehrmann ums Leben gekommen.

Gedrückte Stimmung.

London, 13. März. (R.) Briand erklärte Vertretern der französischen Presse bei der Seemächtekonferenz unter anderem: meine Rolle hier ist beendet. Die Angelegenheiten Frankreichs müssen in die Hände der Delegierten übergehen. Briand schien niedergeschlagen und in den französischen Kreisen der Konferenz herrscht allgemein eine gedrückte Stimmung.

Das neue albanische Kabinett.

Rom, 13. März. (R.) In Albanien hat sich das neue Kabinett gestern dem Parlament vorgestellt. Das Programm der neuen albanischen Regierung wurde von der Kammer mit einem einstimmigen Vertrauensvotum angenommen. In seiner Programmrede führte der Ministerpräsident aus, daß das neue Kabinett das Werk des letzten Kabinetts fortsetzen wolle. Die Regierung werde Treue üben gegen Italien, das der große Verbündete Albaniens sei. Mit seinen Nachbarstaaten werde Albanien freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Der neue Ministerpräsident war vor Antritt seines Amtes Präsident der Kammer. Das letzte albanische Kabinett war vor einer Woche wegen Meinungsverschiedenheiten zurückgetreten, die zwischen den Mitgliedern der Regierung über das Budget bestanden hatten.

Die Hochwasserverwüstungen in Moissac.

Paris, 13. März. (R.) **Nach einer von Havas veröffentlichten Statistik sind in Moissac drei Viertel der Stadt zerstört. 600 Häuser sind eingestürzt, 50 müssen abgetragen werden, da Einsturzgefahr besteht. Bis jetzt sind 107 Tote gezählt worden. Man rechnet mit insgesamt 120. Hunderte von Personen übernachten immer noch im Freien auf Brettern oder in Betten ohne Decken.**

Neue Hochwassergefahr in Südfrankreich.

Paris, 13. März. (R.) **Einige Flüsse, die in den Pyrenäen entspringen, führen, wie bereits gemeldet, in den letzten Tagen wieder Hochwasser. Mehrere Ortschaften wurden bereits überschwemmt, andere werden bedroht, namentlich in der Gegend von Pau und Bayonne. Starke Regengüsse im Pyrenäenhochland haben das Hochwasser veranlaßt.**

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr. Für die Teile: Aus Stadt u. Land, Gerichtssaal u. Briefkasten: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage: „Die Zeit im Bild": Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf, Kosmos Sp. z o. o. Verlag „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Aus der Wojewodschaft Pommerellen.

* **Culm**, 12. März. Eine traurige Folge hatte ein Wirtshausstreit, der sich im Dorfe Rudnik, Kreis Graudenz, ereignet hatte. Die Landwirte Osman und Klimek, beide aus Sarnowke, gerieten in Streit, wobei letzterer von seinem Widersacher tätlich mißhandelt wurde. Am nächsten Tage ging der bei Klimek zu Besuch weilende Schuhmacher Bagrowski aus Lipno zu Osman und stellte ihn wegen seiner Handlungsweise gegenüber seinem Schwager zur Rede. Dabei kam es ebenfalls zu scharfem Wortwechsel, in dessen Verlaufe Osman eine Schußwaffe zog und Bagrowski durch einen Schuß ins Herz tot zu Boden streckte. Osman wurde festgenommen. Er gibt an, in Notwehr gehandelt zu haben, da B. angeblich zuerst auf ihn geschossen habe.

* **Graudenz**, 1. März. Am Mittwoch feierte der Petersilienstraße 25 wohnhafte ehemalige Arbeiter Franciszek Podwojski seinen 100. Geburtstag. Der alte Mann ist körperlich noch so rüstig, daß er täglich sich sein Essen aus der Volksküche holen kann. Die geistige Spannkraft des Greises hat dagegen erheblich mehr nachgelassen. An seinem Freudentage ließ ihm Stadtpräsident Wlodek namens der Stadt eine Ehrengabe von 100 zl überreichen. Auch sonst wurden dem in dürftigen Verhältnissen lebenden Hundertjährigen von gutherzigen Menschen verschiedene Aufmerksamkeiten zuteil. Der Jubilar, der in Strasburg geboren ist, wohnt seit Jahren bei seinem ebenfalls nicht mit Glücksgütern gesegneten 71jährigen Schwiegersohn.

* **Thorn**, 10. März. Als der Postbeamte Leon Jankiewicz am Freitag nachmittag gegen 6 Uhr zum Dienst ging, gewahrte er auf der Eisenbahnbrücke in etwa 50 Meter Entfernung einen unbekannten Mann, der sich plötzlich über das Geländer schwang und in die Weichsel stürzte. Der Lebensmüde hielt sich noch längere Zeit über Wasser und ging dann unter. Die von der Polizei angestellte Suche nach der Leiche verlief ergebnislos.

Wettervoraussage für Freitag, 14. März

= **Berlin, 13. März. Für das mittlere Norddeutschland: Wechselnde Bewölkung mit einzelnen Schauern, Nachtfrost, Tagestemperaturen nur wenig über Null. — Für das übrige Deutschland: Allgemein unbeständiges Wetter und besonders im Süden und Osten Schnee- und Graupelschauer, verbreitete, strichweise ziemlich strenge Nachtfröste.**

Kino-Programm.

Apollo — Der verwunschene Strom, Tonfilm. 4½ Uhr.
Metropolis — Schicksalswürfel. 5 Uhr.
Renaissance — Unter dem Banner der Liebe 5 Uhr.
Stylowe — Der tolle Prinz, Tonfilm. 5 Uhr.
Wilsona — „Faust". 5 Uhr.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A (Wolnica). Freitag, abends 5¾ Uhr. Sonnabend, morgens 7½ Uhr, vorm. 10 Uhr, nachm. 6 Uhr. Abends (Sabbath-Ausgang) 9.39 Uhr. Werktäglich morgens 7¼ Uhr, abends 6 Uhr.

Synagoge B (Dominikańska). Sonnabend, nachm. 4½ Uhr: Jugendandacht.